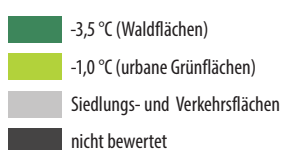


Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

3 2013

**Das Kühlungspotenzial
unterschiedlicher Landbedeckungen/Landnutzungen
dargestellt als Temperaturunterschied
gegenüber unbeschatteter Stadtfläche
in Berlin**



┐ **Zensus 2011 –
Ihr Zugang zu den Ergebnissen**

┐ **Anmerkungen zu Abweichungen
der Bevölkerungszahl
des Zensus 2011 von den bisher
ermittelten Einwohnerzahlen
für das Land Berlin**

┐ **Ökosystemdienstleistungen in Berlin:
Klimaregulations- und Erholungs-
funktion auf städtischer Ebene**

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
7. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▮ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Steuern

Finanzen

Bevölkerung

Verarbeitendes Gewerbe

Energiewirtschaft

Baugewerbe

Gastgewerbe

aus Deutschland ▮ 11

Bevölkerung

Finanzen

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

aus Europa ▮ 14

Finanzen

Preise

Außenhandel

Wirtschaft im Überblick

Berlin Februar 2013 ▮ 16

Brandenburg Februar 2013 ▮ 20

Historisches

Kraftfahrzeugindustrie 1910 ▮ 40

Beiträge

**Zensus 2011 –
Ihr Zugang zu den Ergebnissen** ▮ 26**Anmerkungen zu Abweichungen
der Bevölkerungszahl
des Zensus 2011 von den bisher
ermittelten Einwohnerzahlen
für das Land Berlin** ▮ 30**Ökosystemdienstleistungen in Berlin:
Klimaregulations- und Erholungs-
funktion auf städtischer Ebene** ▮ 34

Karten

**Einwohneranteil in % mit Zugang
zu öffentlichen Grünflächen
(mindestens 2 Hektar)
in einer Entfernung von 300 m
auf LOR Ebene (Planungsräume)
in Berlin**

▮ 3. Umschlagseite

**Ökosystemdienstleistungsindikatoren
in Berlin (in den Stadtgrenzen)**

▮ 4. Umschlagseite

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2011

▣ Zunahme des Volkseinkommens in Berlin und Brandenburg durch gestiegene Arbeitseinkommen

Der Zuwachs des Volkseinkommens im Jahr 2011 in Berlin um 3,4 % und in Brandenburg um 2,2 % geht auf den Anstieg bei den Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer zurück. Sie legten mit 4,6 % in Berlin und 3,1 % in Brandenburg noch stärker zu als im Jahr zuvor. Dagegen sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als zweite Quelle des Volkseinkommens 2011 in Berlin nur geringfügig gestiegen und in Brandenburg leicht gesunken.

In den letzten Jahren speisten vor allem die stabilen Zuwächse bei den Arbeitnehmerentgelten das Volkseinkommen, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen großen konjunkturellen Schwankungen unterlagen. Diese waren infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und vor allem 2009 (Berlin -17,5 %; Brandenburg -12,5 %) so stark eingebrochen, dass trotz weiter erhöhter Arbeitnehmerentgelte (Berlin: +2,2 %; Brandenburg: +2,1 %) das Volkseinkommen gesunken war. Bereits im Folgejahr wurden Zuwächse der Unternehmens- und Vermögenseinkommen verzeichnet, die das Vorkrisenniveau deutlich übertrafen.

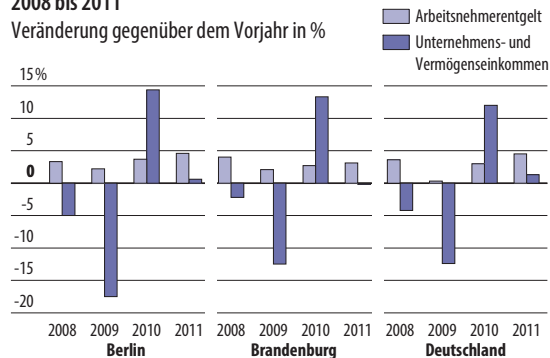
Das Volkseinkommen des Jahres 2011 belief sich in Berlin auf 67 964 Mill. EUR und in Brandenburg auf 47 728 Mill. EUR. Das entsprach einem Anteil von 3,4 % bzw. 2,4 % am Volkseinkommen in Deutschland, das mit 1 984,6 Mrd. EUR um 3,4 % über dem des Vorjahres lag. Damit lag die Zunahme des Volkseinkommens 2011 in Berlin im Durchschnitt aller Bundesländer, während der schwächere Anstieg in Brandenburg der Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) entsprach. Die alten Bundesländer (ohne Berlin) erreichten ein Plus von 3,6 %.

Die Zahl der Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Berlin ist 2011 um 1,3 % und in Brandenburg um 0,2 % weiter gewachsen. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer stieg im gleichen Jahr um 3,3 % für die Berliner und 2,9 % für die Brandenburger.

Im mittelfristigen Vergleich der Entwicklung unterlagen in Berlin die Unternehmens- und Vermögenseinkommen den empfangenen Arbeitnehmerentgelten. Diese stiegen 2011 gegenüber 2005 um 17,8 %, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur um 10,1 % zulegten. In Brandenburg verlief die Entwicklung im gleichen Zeitraum weitaus ausgeglichener (Arbeitnehmerentgelte: +18,2 %; Unternehmens- und Vermögenseinkommen: +19,9 %). Allerdings überlagerte langfristig in beiden Ländern eine wesentlich stärkere

Veränderung des Arbeitnehmerentgeltes und des Unternehmens- und Vermögenseinkommens in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2008 bis 2011

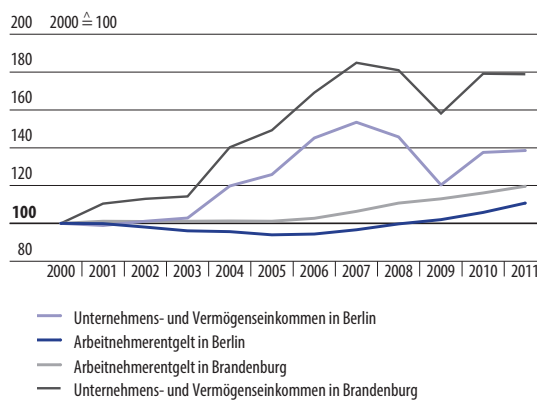
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Diese sind in Berlin 2011 gegenüber 2000 um 38,5 % (Arbeitnehmerentgelt: +10,7 %) und in Brandenburg um 78,9 % (Arbeitnehmerentgelt: +19,6 %) gestiegen. Bundesweit haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um gut die Hälfte erhöht, während die Arbeitnehmerentgelte nur um rd. 20 % gestiegen sind.

Durch diese Entwicklung lag 2011 die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, mit 70,0 % in Berlin und 72,7 % in Brandenburg immer noch unter der des Jahres 2000 von 74,5 % und 80,0 %. Im Jahr 2005 betrug die Lohnquote in Berlin 68,6 % und in Brandenburg 73,0 %.

Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Berlin und Brandenburg



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2000 bis 2010

Zahlen zum Arbeitnehmerentgelt in den Kreisen Brandenburgs neu berechnet

Das im Land Brandenburg gezahlte Arbeitnehmerentgelt ist in den Jahren 2000 bis 2010 um 9,3 % auf 26,8 Mrd. EUR gestiegen. Die stärkste Zunahme ist ab 2007 mit durchschnittlich 3,0 % jährlich zu verzeichnen. Im Jahr 2010 entfielen auf die kreisfreien Städte 26 % und auf die Landkreise 74 % aller geleisteten Entgelte für Arbeitnehmer.

(...) 2010 wurde in den kreisfreien Städten mit 13,8 % deutlich mehr Arbeitnehmerentgelt als im Jahr 2000 aufgewendet; in den Landkreisen waren es dagegen nur 7,8 %. Im genannten Zeitraum verlief die Entwicklung in den Kreisen sehr differenziert. Die Skala reicht von einem Anstieg des Arbeitnehmerentgelts im Landkreis Teltow-Fläming um 30,4 % bis hin zu einer Reduzierung um 4,2 % im Elbe-Elster-Landkreis.

Die Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts wird nicht nur von den individuellen und tariflich vereinbarten Bruttolohn- und -gehaltsentwicklungen beeinflusst, sondern auch von der Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen sowie strukturellen Änderungen.

Das im Durchschnitt gezahlte Arbeitnehmerentgelt eines Arbeitnehmers erhöhte sich in Brandenburg von der Jahrtausendwende bis 2010 um 13,8 % auf 28 800 EUR. Der Anstieg in den kreisfreien Städten (+14,7 % bzw. 3 850 EUR) fiel etwas stärker aus als in den Landkreisen (+13,4 % bzw. 3 357 EUR), sodass im Jahr 2010 das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den kreisfreien Städten in Höhe von 30 048 EUR das der Landkreise (28 389 EUR) um 5,8 % übertraf. Im Jahr 2000 betrug der Unterschied nur 4,7 %. In den Kreisen entwickelten sich die Durchschnittsentgelte aufgrund von Strukturunterschieden deutlich unterschiedlicher. Während ein Arbeitnehmer im Landkreis Teltow-Fläming in den 10 Jahren einen Anstieg seines Einkommens um 20,7 % auf 30 803 EUR verbuchte, kam ein Arbeitnehmer im Havelland nur auf ein Plus 5,3 % und damit auf 24 357 EUR, was dem geringsten Anstieg unter den Kreisen entsprach.

Arbeitnehmerentgelt, Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs im Jahr 2010 und 2000

Kreisfreie Stadt Landkreis	Arbeitnehmerentgelt					
			Veränderung 2010 gegenüber 2000	je Arbeitnehmer		
	2010	2000		2010	2000	Veränderung 2010 gegenüber 2000
	Mill. EUR			EUR		
Land Brandenburg.....	26 813	24 538	9,3	28 800	25 312	13,8
Kreisfreie Städte.....	6 930	6 091	13,8	30 048	26 198	14,7
Brandenburg an der Havel	1 002	852	17,6	29 772	25 985	14,6
Cottbus.....	1 708	1 776	- 3,8	29 063	26 004	11,8
Frankfurt (Oder)	1 123	1 077	4,3	30 223	25 589	18,1
Potsdam	3 098	2 387	29,8	30 647	26 712	14,7
Landkreise	19 882	18 447	7,8	28 389	25 032	13,4
Barnim	1 503	1 386	8,4	27 993	24 593	13,8
Dahme-Spreewald ...	1 709	1 366	25,1	28 636	24 362	17,5
Elbe-Elster	1 059	1 105	- 4,2	27 627	24 596	12,3
Havelland	1 204	1 085	11,0	24 357	23 125	5,3
Märkisch-Oderland ..	1 554	1 555	- 0,1	27 574	24 532	12,4
Oberhavel	1 795	1 609	11,6	29 580	26 393	12,1
Oberspreewald- Lausitz.....	1 202	1 136	5,8	28 757	25 157	14,3
Oder-Spree	1 787	1 717	4,1	29 151	25 877	12,7
Ostprignitz-Ruppin ..	1 099	1 026	7,1	27 357	24 594	11,2
Potsdam-Mittelmark	1 878	1 783	5,3	28 835	25 501	13,1
Prignitz	821	763	7,7	27 244	23 955	13,7
Spree-Neiße	1 225	1 234	- 0,8	30 790	26 189	17,6
Teltow-Fläming	1 796	1 377	30,4	30 803	25 518	20,7
Uckermark	1 250	1 304	- 4,1	27 456	24 985	9,9

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2010 und 2011

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Kreisen Brandenburgs neu berechnet

Das Land Brandenburg erzielte im ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende ein Wirtschaftswachstum von 9,4 %, gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter Ausschaltung von Preisänderungen. Ohne Preisbereinigung lag das BIP im Jahr 2010 in Höhe von 54,7 Mrd. EUR um 24,7 % bzw. 10,8 Mrd. EUR über dem Niveau des Jahres 2000. Dazu trugen im Land Brandenburg die Landkreise mit einem Anstieg um 25,7 % etwas stärker als die kreisfreien Städte (+21,1 %) bei. Die Anteile am BIP des Landes kamen damit 2010 auf rd. 78 % bzw. 22 %.

(...) Das BIP entwickelte sich in den Kreisen des Landes langfristig ganz unterschiedlich – zwischen einem Plus von rd. 70 % im Landkreis Dahme-Spreewald und nur knapp 8 % in der Stadt Cottbus.

Der Spitzenreiter Dahme-Spreewald profitierte hauptsächlich von der Wirtschaftsleistung des Dienstleistungsbereichs Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen, die in den Jahren 2005 und 2006 kräftig gestiegen war und bis 2010 das hohe Niveau von 1,8 Mrd. EUR gehalten hat. Dieses machte 2010 immerhin 42 % der Bruttowertschöpfung des Landkreises aus.

Auch die Landkreise Spree-Neiße (+54,4 %) und Oberhavel (+46,2 %) lagen bei der Wirtschaftsentwicklung über dem Landesdurchschnitt von Brandenburg. Im Landkreis Spree-Neiße erwies sich das Produzierende Gewerbe im Zeitraum ab 2006 als Wachstumsbeschleuniger und im Kreis Oberhavel war es in den Jahren 2001 bis 2003 der Wirtschaftszweig Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen, in denen sich das Niveau der Bruttowertschöpfung fast verdoppelte.

Über dem Landesdurchschnitt entwickelten sich in den 10 Jahren weiter die kreisfreien Städte Potsdam mit einem Plus von 29,4 % und Brandenburg a. d. Havel (+28,0 %). Ausschlaggebend war auch hier der Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen.

In der Stadt Cottbus als Schlusslicht unter den Kreisen wurde das moderate Ergebnis nur möglich durch den hohen Anteil der Dienstleistungsbereiche, der sich bis 2010 auf 88 % ausweitete. Denn durch deren positive Entwicklung in den 10 Jahren (+11,8 %) wurde das Wegbrechen des Produzierenden Gewerbes (–17,7 %) aufgefangen.

Für die Kreise Brandenburgs liegen erstmals revidierte Ergebnisse ab dem Jahr 2000 im Rahmen der großen Revision 2011 in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor. Die bereits im Dezember 2012 veröffentlichten Ergebnisse der Jahre 2008 bis 2010 wurden turnusmäßig überarbeitet und auf das Landesergebnis des Rechenstandes vom August 2012 abgestimmt. (...)

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte für Konsum und Sparen in Berlin und Brandenburg gestiegen

Die Einkommen, die durchschnittlich je Einwohner für Konsum und Sparen zur Verfügung stehen, sind in Berlin im Jahr 2011 im Vorjahresvergleich auf 16 927 EUR (+319 EUR bzw. +1,9 %) gestiegen. In Brandenburg wurde eine Zunahme auf 17 382 EUR (+406 EUR bzw. +2,4 %) erreicht. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen aller Bundesländer lag bei 19 933 EUR, was einem Plus von 621 EUR bzw. 3,2 % entsprach.

(...) Die Einkommen der Berliner und Brandenburger kamen trotz Erhöhung nur auf 84,9 % bzw. 87,2 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland. Damit hat sich die jährliche Vergrößerung des Rückstandes der Einkommen der Berliner gegenüber dem Durchschnitt in Deutschland in den letzten 10 Jahren weiter fortgesetzt. Dagegen blieb das Einkommensverhältnis der Brandenburger zu Deutschland überwiegend stabil.

Die höchsten Pro-Kopf-Einkommen unter den Bundesländern verzeichneten 2011 die Bayern mit 22 086 EUR, diese übertrafen um 10,8 % den Bundesdurchschnitt. Während die Berliner vor Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (16 317 EUR) am unteren Ende der Skala rangieren, befanden sich die Brandenburger im unteren Mittelfeld.

Der größte Teil ihres Einkommens diente den Berlinern und Brandenburgern für den Kauf von Waren- und Dienstleistungen. Dafür gab ein Einwohner im Durchschnitt in Berlin 15 820 EUR (+2,4 %) und in Brandenburg 15 791 EUR (+3,1 %) aus. Jedoch profitierten die Einwohner wegen der Preiserhöhungen nur wenig von den Mehrausgaben. In Berlin wurde je Einwohner unter Ausschaltung der Preisänderungen kaum mehr konsumiert (+0,2 %), in Brandenburg waren es noch 1,3 % mehr als im Jahr 2010.

Den Berlinern und Brandenburgern blieb 2011 weniger zum Sparen übrig, da die Konsumausgaben stärker als die Einkommen gewachsen waren. Jeder Berliner sparte 1 517 EUR und jeder Brandenburger 1 729 EUR. Das waren in Berlin 2,9 % und in Brandenburg 3,9 % weniger als im Jahr zuvor. Die Sparbeträge verringerten sich in allen Bundesländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Hessen. Im Durchschnitt aller Länder wurden mit 2 110 EUR 1,3 % weniger gespart.

Für Berlin errechnet sich 2011 eine Sparquote von 8,8 % und für Brandenburg von 9,9 %. Diese Quote ergibt sich aus den Sparbeträgen im Verhältnis zur Summe aus verfügbarem Einkommen und Versorgungsansprüchen. Die Brandenburger Einwohner sparten in den letzten Jahren mehr als die Berliner. Die Einwohner Baden-Württembergs mit einer Sparquote von 11,9 % legten 2011 am meisten auf die hohe Kante, die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns mit 7,6 % am wenigsten. Bundesweit lag die Quote bei 10,4 % (2010: 10,9 %). (...)

Steuern Jahr 2011**┐ Berliner Wirtschaft boomt – Umsätze der Unternehmen um 14 Mrd. EUR gestiegen**

2011 haben in Berlin 137 386 Unternehmen Umsätze von über 17 500 EUR erzielt und waren somit umsatzsteuer-voranmeldungspflichtig. Diese Unternehmen erbrachten zusammen Umsätze aus Lieferungen und Leistungen von 168 Mrd. EUR. Gegenüber 2010 erhöhte sich die Anzahl der erfassten Unternehmen um 3 685 bzw. um 2,8 %. Die Umsätze stiegen um über 14 Mrd. EUR bzw. um 9,2 %. (...) Die Unternehmen leisteten rund 5 Mrd. EUR Umsatzsteuervorauszahlungen an die Finanzverwaltung und damit ca. 660 Mill. EUR weniger als noch im Vorjahr.

Die höchsten Umsätze erzielten die 22 500 Handelsunternehmen sowie Unternehmen der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit zusammen fast 50 Mrd. EUR (+13 %). Damit erbrachten die Unternehmen dieses Wirtschaftsabschnittes fast 30 % der in Berlin insgesamt getätigten Umsätze. Das Verarbeitende Gewerbe und die Energieversorgung haben beide mit rund 16 % Zuwachs gegenüber dem Vorjahr an Gewicht gewonnen. So beträgt der Umsatzanteil des Verarbeitenden Gewerbes nunmehr rund 15 % (24,5 Mrd. EUR) und der Energieversorgung 12 %, das entspricht fast 21 Mrd. EUR.

Die positive Umsatzentwicklung in Berlin gegenüber 2010 lässt sich auch am Zuwachs (+6 %) am durchschnittlichen voranmeldungspflichtigen Umsatz je Unternehmen ablesen. Dieser Wert erhöhte sich um rund 73 000 EUR auf 1,2 Mill. EUR. (...)

┐ Gutes Wirtschaftsjahr der Brandenburger Unternehmen – Umsätze um 3,5 Mrd. EUR gestiegen

2011 haben im Land Brandenburg 89 913 Unternehmen Umsätze von über 17 500 EUR erzielt und waren somit umsatzsteuervoranmeldungspflichtig. Diese Unternehmen erbrachten Umsätze aus Lieferungen und Leistungen von fast 74 Mrd. EUR. Gegenüber 2010 erhöhte sich die Anzahl der erfassten Unternehmen um 1 418 bzw. um 1,6 %. Die Umsätze stiegen um fast 3,5 Mrd. EUR, das sind beachtliche knappe 5 %.

(...) Die Unternehmen leisteten fast 2,8 Mrd. EUR Umsatzsteuervorauszahlungen an die Finanzverwaltung, rund 250 Mill. EUR mehr als im Vorjahr.

Die höchsten Umsätze erzielten die 16 319 Handelsunternehmen sowie Unternehmen der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit zusammen fast 19 Mrd. EUR (+10 %). Damit erbrachten die Unternehmen allein dieses Wirtschaftsabschnittes ein Viertel der in Brandenburg insgesamt getätigten Umsätze. Zweitwichtigster Wirtschaftsabschnitt im Land Brandenburg ist wie im Vorjahr das Verarbeitende Gewerbe. Mit knapp 6 % der Steuerpflichtigen (5 045) wurden über 22 % der Umsätze erwirtschaftet.

Die positive Umsatzentwicklung im Land gegenüber 2010 lässt sich auch am durchschnittlichen Umsatz je Unternehmen ablesen. Dieser erhöhte sich um über 3 % auf 821 000 EUR. (...)

Umsatzsteuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen in Berlin und Brandenburg 2011 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt	Steuerpflichtige	Veränderungen zum Vorjahr	Umsatz aus Lieferungen und Leistungen	Veränderungen zum Vorjahr
	Anzahl	in %	Mill. EUR	in %
Berlin				
Insgesamt	137 386	2,8	168 050	9,2
darunter in den fünf umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitten				
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.....	22 500	0,2	49 908	13,1
Verarbeitendes Gewerbe.....	5 309	- 1,0	24 563	16,1
Energieversorgung.....	330	27,4	20 864	16,6
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.....	30 136	5,5	13 688	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen.....	10 988	2,1	9 889	- 2,3
Brandenburg				
Insgesamt	89 913	1,6	73 781	4,9
darunter in den fünf umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitten				
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.....	16 319	- 1,1	18 711	9,8
Verarbeitendes Gewerbe.....	5 045	- 0,9	16 403	- 0,6
Baugewerbe.....	19 571	4,8	7 557	8,6
Energieversorgung.....	786	25,2	5 353	6,0
Verkehr und Lagerei.....	3 629	- 0,1	5 128	9,1

Bevölkerung Jahr 2012

■ Anhaltendes Bevölkerungswachstum in Berlin

(...) Auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 wurde die aktuelle Bevölkerungsentwicklung für das Land Berlin berechnet. Danach lag die Bevölkerungszahl zum Ende des Jahres 2012 bei gut 3 375,2 Tsd. Personen. Die Stadt hatte somit über 49 Tsd. Einwohnerinnen und Einwohner mehr als am Jahresanfang (+1,5 %).

Dieser Zuwachs wurde hauptsächlich durch einen Zuzugsgewinn von 46,8 Tsd. Personen hervorgerufen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Geburten mit 34,7 Tsd. Kindern deutlich über der Zahl der Verstorbenen (32,2 Tsd. Personen) lag. Dies führte zu einem weiteren Bevölkerungsgewinn von fast 2 500 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zudem wurde für alle Berliner Bezirke ein Bevölkerungszuwachs ermittelt. Am größten fiel er in Mitte aus (2,4 %), gefolgt von den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (1,9 %) und Pankow (1,8 %).

■ Bevölkerungsverlust im Land Brandenburg

(...) Auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 wurde die aktuelle Bevölkerungsentwicklung für das Land Brandenburg berechnet. Danach lag die Bevölkerungszahl zum Ende des Jahres 2012 bei 2 449,5 Tsd. Personen. In der Mark lebten somit annähernd 3 700 Einwohnerinnen und Einwohner weniger als am Jahresanfang (– 0,2 %).

Zwar gab es im Verlauf des Jahres 2012 einen Zuzugsgewinn von 6 200 Personen. Da aber die Zahl der Geburten mit 18,5 Tsd. Kindern deutlich unter der Zahl der Verstorbenen (28,4 Tsd. Personen) lag, führte dies zu einem Sterbeüberschuss von 9 900 Personen und somit auch zu einem Gesamtbevölkerungsverlust.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten verlief die Entwicklung unterschiedlich. Einen deutlichen Bevölkerungszuwachs gab es in Potsdam mit 1,2 %. Sechs Landkreise, die allesamt an Berlin grenzen, konnten ebenfalls Bevölkerungsgewinne verzeichnen (...). Alle übrigen Regionen verloren Einwohnerinnen und Einwohner. Der größte Verlust zeigte sich mit einem Minus von 1,4 % im Landkreis Oberspreewald-Lausitz.

■ 9. Mai 2011: Zensus – 47 Widersprüche gegen den Bescheid zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl eingegangen

Anfang Juni 2013 hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die durch den Zensus 2011 mit Stand vom 9. Mai 2011 ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen für Berlin und die Gemeinden im Land Brandenburg per förmlichen Bescheid festgestellt.

Gegen den Bescheid zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl war der Widerspruch zulässig, der innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zu erheben war. Am Donnerstag, dem 11. Juli 2013 um 24.00 Uhr, lief die Widerspruchsfrist ab. Beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gingen insgesamt 47 Widersprüche ein, davon 46 aus dem Land Brandenburg. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 10,98 % an der Gesamtzahl der Brandenburger Gemeinden.

Finanzen Jahr 2012

■ Plus von 98 Mill. EUR bei den kommunalen Steuern in Brandenburg

(...) Die Brandenburger Kommunen nahmen im Jahr 2012 Steuern in Höhe von 1 595,5 Mill. EUR ein. Das war eine Erhöhung um 98,3 Mill. EUR bzw. 6,6 % gegenüber dem Vorjahr. Wesentlicher Grund des Anstieges war der Zuwachs beim Gewerbesteueraufkommen um 66,2 Mill. EUR.

Die Gewerbesteuer (brutto) war mit 662,7 Mill. EUR die aufkommensstärkste Steuer. Davon wurden 68,6 Mill. EUR als Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund abgeführt. Mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer (brutto) um 11,1 % lag sie deutlich über den Ergebnissen des Vorjahres. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die Stadt Zossen (Landkreis Teltow-Fläming) mit einem Anstieg um 20,3 Mill. EUR, die Landeshauptstadt Potsdam mit +14,6 Mill. EUR und die Gemeinde Schönefeld (Landkreis Dahme-Spreewald) mit +12,4 Mill. EUR. Demgegenüber verringerten sich bei 155 der 419 Gemeinden des Landes die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (brutto) gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 64,2 Mill. EUR, darunter die der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) um 22,7 Mill. EUR. Absoluter Spitzenreiter beim Gewerbesteueraufkommen war die Landeshauptstadt mit 62,9 Mill. EUR. Auf dem 2. und 3. Rang folgten Schönefeld mit 43,4 Mill. EUR und die kreisfreie Stadt Cottbus mit 30,2 Mill. EUR.

Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer flossen den Brandenburger Kommunen 577,4 Mill. EUR zu. Das entsprach einem Landesdurchschnitt von 232 EUR je Einwohner. 23 % der Kommunen lagen über diesem Durchschnitt. Die höchsten Einnahmen je Einwohner hatten die Gemeinden Kleinmachnow (Landkreis Potsdam-Mittelmark) mit 475 EUR, Mixdorf (Landkreis Oder-Spree) mit 450 EUR und Ahrensfelde (Landkreis Barnim) mit 442 EUR. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einzahlungen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 29,2 Mill. EUR bzw. 5,3 %. Demgegenüber verringerte sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 1,2 Mill. EUR auf 86,9 Mill. EUR.

Ein geringes Plus war bei den Grundsteuern A und B mit 0,5 bzw. 2,7 Mill. EUR zu verzeichnen, deren Gesamthöhe 250,7 Mill. EUR betrug.

An Bagatellsteuern wie Hunde-, Vergnügungs- und Zweitwohnungssteuer wurden 17,8 Mill. EUR eingenommen.

Derzeit werden die eingegangenen Widersprüche geprüft und anschließend beantwortet. Nach der Zustellung des Widerspruchsbescheides können die Gemeinden Rechtsmittel einlegen, das heißt: Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erheben.

Nähere Informationen zu den Verfahren können nicht gegeben werden, da es sich um laufende Verwaltungsverfahren handelt.

Verarbeitendes Gewerbe Juni 2013

■ Berliner Industrie durchweg im Minus

Die Berliner Industrie verzeichnete im Juni 2013 rückläufige Umsätze und Auftragseingangsindizes (...).

Die 335 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im Juni 2013 einen Gesamtumsatz von 1,8 Mrd. EUR, wovon 0,8 Mrd. EUR im Inland und 1,0 Mrd. EUR von ausländischen Geschäftspartnern geordert wurden. Während der Inlandsumsatz um 4,8 % sank, verringerten sich die Auslandsgeschäfte sogar um 9,2 %. Insgesamt nahm damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen um 7,3 % gegenüber dem Ergebnis vom Juni 2012 ab. Die Zahl der Beschäftigten minimierte sich um 1,9 % auf 80 652 Personen.

Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung der Maschinenbauer (–20,6 %) besonders negativ. Die Auslandsumsätze fielen um 22,0 %, die Inlandsumsätze um 16,9 %.

Der Auftragseingang der Berliner Betriebe lag im sechsten Monat des Jahres um 11,8 % unter dem Niveau des Vorjahres, bei einem Auftragsminus im Inlandsge- schäft in Höhe von 14,5 % und im Ausland von 10,1 %.

■ Umsatz- und Auftragsrückgang bei der Brandenburger Industrie

Im Juni 2013 erwirtschafteten die Industriebetriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg weniger Umsatz als im entsprechenden Vorjahresmonat. (...) Zugleich nahm der Umfang an Aufträgen etwas ab, bei leicht rückläufigen Beschäftigtenzahlen.

Im Monat Juni dieses Jahres verminderte sich der Gesamtumsatz der 442 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten um 3,5 % auf gut 1,9 Mrd. EUR im Vergleich zum Juni des Vorjahres. Dabei reduzierte sich der Inlandsumsatz um 1,4 % auf weniger als 1,4 Mrd. EUR und der Auslandsumsatz um 8,0 % auf knapp 0,6 Mrd. EUR. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Beschäftigten um 1,1 % auf 78 744 Personen zurück. Infolge nachgelassener Auslandsaufträge sank das preisbereinigte Auftragsvolumen insgesamt um 1,8 %. Während die Nahrungsmittelindustrie (hauptsächlich im Auslandsgeschäft) und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (überwiegend im Inlandsge- schäft) erhebliche Umsatzeinbußen von –16,8 % und –9,0 % hinnehmen mussten, konnten andere umsatzstarke Branchen deutliche Zuwachsraten vorweisen. Neben dem sonstigen Fahrzeugbau, mit seinen neuen und älteren Großaufträgen, waren das insbesondere die me- tallerzeugenden und -bearbeitenden Betriebe (+8,8 %), die chemische Industrie (+11,5 %), aber auch die Herstel- ler von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+19,5 %).

Das erste Halbjahr 2013 ist gekennzeichnet von einem Rückgang des Gesamtumsatzes um 3,6 % auf 10,9 Mrd. EUR, wobei der Inlandsumsatz (7,6 Mrd. EUR) und der Auslandsumsatz (3,4 Mrd. EUR) Veränderungsraten von –2,4 % und –6,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 ausweist. Gleichzeitig erreichte das Auftragsvolumen insgesamt ein Minus von 19,0 %; bei den Auslandsaufträ- gen von 39,6 %.

Der Rückgang der Auftragseingänge bei den Her- stellern von elektronischen und optischen Erzeugnissen betrug 29,0 %. Das resultiert aus einer Verminderung des Auslandsvolumens um 16,3 % und der Inlandsauf- träge um 44,9 %. Die Umsätze der Maschinenbauer reduzierten sich um 20,2 %, (–20,6 % im Inland und –20,0 % im Ausland).

Umsatz und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin von Januar bis Juni 2013

Zeitraum	Beschäf- tigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäf- tigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Januar.....	82 990	1 664,6	966,3	1,8	0,4	3,9
Februar.....	81 350	1 671,4	948,7	–0,8	–2,0	1,7
März.....	80 758	1 971,4	1 131,7	–1,7	1,3	5,6
1. Quartal.....	81 699	5 307,3	3 046,7	–0,2	–0,1	3,8
April.....	81 135	1 821,8	1 033,8	–0,9	9,1	11,1
Mai.....	80 871	1 808,6	987,5	–1,4	–5,6	–8,4
Juni.....	80 652	1 817,6	1 003,5	–1,9	–7,3	–9,2
2. Quartal.....	80 886	5 448,1	3 024,8	–1,4	–1,8	–2,9
Januar bis Juni..	81 293	10 755,4	6 071,5	–0,8	–0,9	0,4

Energiewirtschaft Jahr 2010

■ Anstieg des Endenergieverbrauchs in Berlin

Im Land Berlin stieg der Endenergieverbrauch (EEV) 2010 auf 267,8 Petajoule. Das waren 7,4 % mehr als 2009. (...) Der CO₂-Ausstoß stieg nach Verursacherbilanz im glei- chen Zeitraum um 5,9 % auf insgesamt 21,3 Mill. Tonnen.

Die CO₂-Emissionen (Verursacherbilanz) pro Einwoh- ner stiegen 2010 im Vergleich zu 2009 um 0,3 Tonnen auf 6,2 Tonnen an. Gegenüber 1990 ergab sich eine Reduzierung um 28,2 %.

Der größte Emittent ist der Sektor „Haushalte, Gewer- be, Handel und Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ mit einem Anteil von 69,1 %. Auf den Sektor „Verkehr“, der sich aus dem Straßen-, Luft- und Schienenverkehr sowie der Binnenschifffahrt zusammensetzt, entfielen 22,8 % des CO₂-Ausstoßes. 8,1 % der Emissionen wurden vom Sektor „Gewinnung von Steinen und Erden, sonsti- ger Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe“ verursacht.

Im Jahr 2010 betrug die Stromerzeugung im Land Berlin 9 108 Gigawattstunden. Damit nahm die Stromerzeugung um 1 000 Gigawattstunden gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Zugleich sank die importierte Strommenge um 20,5 % auf insgesamt 3 893 Gigawatt- stunden. Der Endenergieverbrauch von Strom belief sich im Jahr 2010 auf 12 172 Gigawattstunden und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Der größte Abnehmer von Strom ist der Sektor „Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ mit einem Anteil von 40,8 % am gesamten Stromverbrauch (Vorjahr 43,6 %), gefolgt von den „Haushalten“ mit 35,7 % (Vorjahr 34,1 %).

Baugewerbe 1. Halbjahr 2013

Weniger Umsatz und Aufträge für Berliner Baubetriebe

In den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten sank der baugewerbliche Umsatz im 1. Halbjahr 2013 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,8 % auf 918,6 Mill. EUR.

(...) Sowohl im Hochbau (–1,1 %) als auch im Tiefbau (–4,8 %) gingen die Umsätze im Durchschnitt zurück. Dabei entwickelten sich die Sparten unterschiedlich. Im Hochbau ging der baugewerbliche Umsatz in der Sparte „gewerblicher und industrieller Hochbau“ im 1. Halbjahr 2013 gegenüber dem 1. Halbjahr 2012 um 20,7 % zurück und konnte nicht durch den Umsatzanstieg im Wohnungsbau (+10,5 %) und im öffentlichen Hochbau (+30,0 %) überkompensiert werden. Im Tiefbau verbuchte im betrachteten Zeitraum lediglich der „sonstige Tiefbau“ einen Umsatzanstieg um 36,3 %. Dagegen entwickelten sich der Straßenbau (–32,3 %) sowie der gewerbliche und industrielle Tiefbau (–7,1 %) rückläufig.

Im 1. Halbjahr 2013 gingen auch die gemeldeten Auftragseingänge der befragten Betriebe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14,4 % auf 919,4 Mill. EUR zurück. Die Beschäftigtenzahl in den befragten Betrieben des Bauhauptgewerbes stieg um 0,9 % auf durchschnittlich 11 084 tätige Personen, sodass der Umsatz je Beschäftigten um 3,7 % zurückging.

Im Monat Juni 2013 reduzierte sich der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,8 % auf ein Volumen von 197,5 Mill. EUR. Auch die Auftragseingänge sanken um 4,3 % auf 203,8 Mill. EUR. Im Juni 2013 waren in den auskunftspflichtigen Betrieben 11 039 Personen beschäftigt, das waren 1,6 % weniger als im Juni des Vorjahres. Die Entgeltsumme stieg dagegen um 1,2 % auf 31,3 Mill. EUR. Mit 1,1 Mill. Arbeitsstunden wurden arbeitstäglich bereinigt 2,0 % mehr Stunden geleistet als im Vorjahresmonat.

Weniger Umsatz und mehr Aufträge für Brandenburger Baubetriebe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen im Land Brandenburg sank der baugewerbliche Umsatz im 1. Halbjahr 2013 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,2 % auf 847,4 Mill. EUR.

(...) Sowohl im Hochbau (–2,0 %) als auch im Tiefbau (–8,3 %) lagen die Umsätze im Durchschnitt unter denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die einzelnen Sparten entwickelten sich dabei unterschiedlich. Der Wohnungsbau erzielte Umsatzzuwächse (+2,1 %). Der gewerbliche und industrielle Hochbau (–0,4 %) und der öffentliche Hochbau (–22,5 %) hingegen verzeichneten Umsatzrückgänge. Im Tiefbau blieb lediglich der gewerbliche und industrielle Tiefbau annähernd konstant (+0,1 %). Der Straßenbau und der öffentliche Tiefbau verzeichneten im 1. Halbjahr 2013 verglichen mit dem 1. Halbjahr 2012 weniger baugewerbliche Umsätze. Die Auftragseingänge stiegen im betrachteten Zeitraum insgesamt um 2,9 % auf 939,3 Mill. EUR. Im Hochbau wurden durchschnittlich 6,6 % mehr Aufträge verbucht, der Tiefbau blieb dagegen beinahe konstant (+0,1 %).

Die Beschäftigtenzahl sank um 1,7 % auf 15 810 tätige Personen, sodass sich der Umsatz je Beschäftigten um 3,5 % reduzierte.

Im Monat Juni 2013 stieg in den befragten Betrieben des Landes Brandenburg der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vorjahresmonat um 17,6 % auf ein Volumen von 224,4 Mill. EUR. Auch die Auftragseingänge erhöhten sich um 9,4 % auf 181,0 Mill. EUR. Im Juni waren in den auskunftspflichtigen Betrieben 16 318 Personen beschäftigt, das waren 1,2 % weniger als im Juni des Vorjahres. Die Entgelte stiegen dagegen um 1,0 % auf 40,2 Mill. EUR. Auf den Baustellen im Land Brandenburg wurden mit 1,9 Mill. Arbeitsstunden arbeitstäglich bereinigt 2,2 % mehr Stunden geleistet als im Vorjahresmonat.

Tätige Personen, Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013

Zeitraum	Im Bauhauptgewerbe					
	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang	tätige Personen	Umsatz	Auftragseingang
	Anzahl	in Mill. EUR				Veränderung zum Vorjahr in %
Berlin						
Mai	11 044	161,3	151,9	–0,4	–0,2	–4,1
Juni	11 039	197,5	203,8	–1,6	–5,8	–4,3
Januar bis Juni.	11 084	918,6	919,4	0,9	–2,8	–14,4
Brandenburg						
Mai.....	16 193	184,9	169,2	–1,1	–4,0	3,5
Juni.....	16 318	224,4	181,0	–1,2	17,6	9,4
Januar bis Juni.	15 810	847,4	939,3	–1,7	–5,2	2,9

Baugewerbe 1. Quartal 2013**┐ Mehr Baugenehmigungen in Berlin**

(...) Die Berliner Bauaufsichtsbehörden haben in den ersten drei Monaten des Jahres 2013 insgesamt 741 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 8,2 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den geplanten 2 030 Wohnungen werden 1 584 neu gebaut, ein Anstieg um 42,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. 379 Wohnungen werden als Einheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern (+2,2 %), 1 203 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+63,2 %) geplant. Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 446 Wohnungen zur Verfügung stehen. Die meisten Baugenehmigungen für Wohnungen sind in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Treptow-Köpenick erteilt worden. (...)

Im Berichtszeitraum sind 62 Genehmigungen (Vorjahreszeitraum: 46) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 143 600 m² erteilt worden. Die veranschlagten Kosten aller im ersten Vierteljahr 2013 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen, auch bedingt durch Großaufträge, 810,4 Mill. EUR; das ist mehr als doppelt so viel wie vor einem Jahr (+101,3 %).

┐ Mehr Baugenehmigungen im Land Brandenburg

Die Bauaufsichtsbehörden des Landes Brandenburg haben im ersten Halbjahr 2013 insgesamt 4 264 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 13,5 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den geplanten 4 958 Wohnungen werden 4 324 Wohnungen neu gebaut; durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 634 Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die meisten Baugenehmigungen für Wohnungen sind in den Landkreisen Dahme-Spreewald und Havelland erteilt worden. Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen liegt um 16,5 % über dem Niveau des ersten Halbjahres 2012. In Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 16,6 % und in Mehrfamilienhäusern 19,8 % mehr neue Wohnungen genehmigt. (...)

Im Berichtszeitraum wurden 354 Genehmigungen (Vorjahreszeitraum: 318) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 345 200 m² erteilt. Die veranschlagten Kosten aller im ersten Halbjahr 2013 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 1 065,0 Mill. EUR, 13,4 % mehr als vor einem Jahr.

Baugenehmigungen in Berlin im 1. Quartal 2013 und in Brandenburg im 1. Halbjahr 2013

Bezirk Kreisfreie Stadt Landkreis	Ins- gesamt	Wohnungen ¹	
		ins- gesamt	darunter Neubau
Berlin			
Mitte	37	345	332
Friedrichshain-Kreuzberg ..	41	415	392
Pankow	124	207	97
Charlottenburg- Wilmerdorf	25	85	6
Spandau	71	138	61
Steglitz-Zehlendorf	70	84	66
Tempelhof-Schöneberg	18	77	65
Neukölln	38	33	24
Treptow-Köpenick	107	245	188
Marzahn-Hellersdorf	121	186	181
Lichtenberg	48	186	143
Reinickendorf	41	29	29
Berlin	741	2 030	1 584
Brandenburg			
Brandenburg an der Havel ..	110	108	58
Cottbus	71	82	49
Frankfurt (Oder)	60	71	48
Potsdam	211	406	374
Barnim	365	350	315
Dahme-Spreewald	406	710	492
Elbe-Elster	115	60	55
Havelland	379	585	568
Märkisch-Oderland	389	401	370
Oberhavel	400	418	408
Oberspreewald-Lausitz	103	56	71
Oder-Spree	309	289	293
Ostprignitz-Ruppin	147	157	132
Potsdam-Mittelmark	532	580	553
Prignitz	75	34	28
Spree-Neiße	138	196	133
Teltow-Fläming	307	273	241
Uckermark	147	182	136
Land Brandenburg	4 264	4 958	4 324

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt, oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

Gastgewerbe 1. Halbjahr 2013

┐ Berlin im leichten Plus

Das Gastgewerbe in Berlin konnte das 1. Halbjahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen mit nominalen Mehreinnahmen von 1,8 % abschließen. Unter Ausschaltung der Preisentwicklung, d. h. real, bedeutet das 0,5 % weniger Umsätze als noch im 1. Halbjahr 2012 (...).

Während das Beherbergungsgewerbe das 1. Halbjahr 2013 mit einem geringen nominalen Umsatzzuwachs (+0,5 %) abschloss, fiel dieser im Bereich der Gastronomie günstiger aus (+2,9 %).

Das Berliner Gastgewerbe vergrößerte im 1. Halbjahr 2013 die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten um 1,4 %, allerdings mit andauernden Rückgängen im Beherbergungsbereich (-2,7 %) und einer Zunahme im Bereich der Gastronomie (+3,3 %). Im gesamten Gastgewerbe ging in den ersten sechs Monaten im Durchschnitt die Zahl der in Vollzeit Beschäftigten zurück (-1,8 %) und die der in Teilzeit Beschäftigten nahm deutlich zu (+4,8 %), vor allem in den Catering- und weiteren Verpflegungsdienstleistungsunternehmen (+16,3 %).

┐ Brandenburg – rückläufige Umsätze

Die gastgewerblichen Unternehmen im Land Brandenburg mussten für das 1. Halbjahr 2013 nach vorläufigen Berechnungen geringere Umsätze als vor einem Jahr bilanzieren (-0,8 %). Unter Ausschaltung der Preisentwicklung, d. h. real, entsprach das einem Umsatzrückgang von 3,0 % (...).

Im Bereich Beherbergung blieben die Umsätze in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahr unverändert, allerdings mit Rückgängen im 2. Quartal. Die Gastronomie schloss das 1. Halbjahr mit Einnahmeverlusten (-1,3 %) ab, durch anhaltende Umsatzrückgänge im Bereich der Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u. Ä. (-5,7 %).

Die Beschäftigung wies im gesamten Gastgewerbe des Landes Brandenburg – entgegen der Umsatzentwicklung – eine im Durchschnitt um 0,6 % höhere Zahl als noch ein Jahr zuvor aus. In den beiden Beschäftigungsarten nahm ausschließlich die Zahl der in Teilzeit Beschäftigten zu (+3,0 %), während die der Vollzeitbeschäftigten zurückging (-1,4 %).

Umsatz und Beschäftigte des Gastgewerbes in Berlin und Brandenburg im 1. Halbjahr 2013 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	April bis Juni 2013			Januar bis Juni 2013		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Beherbergungsgewerbe	1,1	-0,8	-3,1	0,5	-1,5	-2,7
Gastronomie	5,4	2,7	3,2	2,9	0,5	3,3
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u. Ä.	5,5	2,5	0,3	3,3	0,7	0,9
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	2,9	1,0	12,2	0,0	-1,8	10,5
Gastgewerbe insgesamt	3,4	1,0	1,3	1,8	-0,5	1,4
Brandenburg						
Beherbergungsgewerbe	-1,5	-3,4	1,1	0,0	-1,9	1,4
Gastronomie	-1,1	-3,5	-0,1	-1,3	-3,6	0,2
darunter						
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u. Ä.	-6,7	-9,4	-0,8	-5,7	-8,2	0,5
Caterer, sonstige Verpflegungsdienstleistungen	13,3	11,2	0,5	8,9	6,9	-1,3
Gastgewerbe insgesamt	-1,2	-3,5	0,3	-0,8	-3,0	0,6

Kurz gefasst **aus Deutschland****Bevölkerung** Jahr 2012**5,1 % mehr Einbürgerungen**

(...) Im Jahr 2012 wurden in Deutschland mehr als 112 300 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Dies waren (...) 5 400 Einbürgerungen mehr als 2011 (+5,1 %) und 10 800 mehr als 2010 (+10,6 %). Damit setzte sich die Entwicklung der letzten Jahre fort. Seit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 war die Zahl der Einbürgerungen zunächst zurückgegangen – von 186 700 im Jahr 2000 auf 94 500 im Jahr 2008. Seither steigen die Zahlen wieder kontinuierlich an.

Gegenüber dem Vorjahr haben vor allem Einbürgerungen aus den Mitgliedsländern der EU (+3 200 oder +19,1 %) sowie aus den Kandidatenländern der EU (+4 861 oder +15,0 %) zugenommen. Demgegenüber wurden aus den sonstigen europäischen Ländern weniger Personen eingebürgert als im Vorjahr (–136 oder –1,0 %). Noch größer ist der Rückgang bei den Eingebürgerten aus Afrika, Amerika, Asien und Australien bzw. Ozeanien (zusammen –2 200 oder –5,2 %).

Innerhalb Deutschlands ist die Zahl der Einbürgerungen vor allem in Baden-Württemberg angestiegen (+2 00 bzw. +15,2 %), gefolgt von Hessen (+1 700 bzw. +12,8 %), Nordrhein-Westfalen (+900 bzw. +3,2 %) und Bayern (+700 bzw. +5,7 %). Rückläufige Zahlen gab es demgegenüber in Berlin (–600 bzw. –8,1 %) und

in Brandenburg (–300 bzw. –40,8 %) sowie bei den Einbürgerungen im Ausland (–800 bzw. –24,2 %).

Wie schon in den Vorjahren wird die Liste der am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigkeiten von türkischen Staatsbürgern angeführt (33 200 Fälle), gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro und seinen Nachfolgestaaten (6 100 Fälle) und aus Polen (4 500 Fälle). Die am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigkeiten sind seit mehreren Jahren unverändert, ihre Reihenfolge verschiebt sich aber dabei von Jahr zu Jahr.

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial – also das Verhältnis von erfolgten Einbürgerungen zur Zahl jener Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in Deutschland leben und damit alle Voraussetzungen erfüllen – betrug im Jahr 2012 durchschnittlich 2,4 %. Staatsbürger aus den Mitgliedsländern der EU weisen dabei traditionell unterdurchschnittliche Werte auf (1,2 %) – wahrscheinlich weil es für sie weniger zusätzlichen Nutzen bringt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, als dies bei vielen Personen aus Drittstaaten der Fall ist. Die höchsten Werte traten bei Kamerun (26,5 % bei 900 Einbürgerungen), Nigeria (12,5 % bei 800 Einbürgerungen) und beim Irak auf (12,2 % bei 3 500 Einbürgerungen).

Quelle: DESTATIS

**Eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer 2012
nach den häufigsten bisherigen Staatsangehörigkeiten**

Bisherige Staatsangehörigkeit	Ins- gesamt	Verän- derung gegenüber dem Vorjahr	Aus- geschöpftes Einbürgerungs- potenzial ¹
	Anzahl	in %	
Einbürgerungen insgesamt.....	112 348	5,1	2,4
Türkei.....	33 246	18,3	2,3
Serbien, Montenegro, Kosovo sowie ehemaliges Serbien und Montenegro.....	6 085	– 3,6	1,9
Polen.....	4 496	5,0	2,6
Griechenland.....	4 167	82,0	1,7
Ukraine.....	3 691	– 13,4	6,1
Irak.....	3 510	– 26,7	12,2
Vietnam.....	3 299	35,9	5,8
Russische Föderation.....	3 167	6,8	3,8
Marokko.....	2 852	– 5,3	7,4
Afghanistan.....	2 717	0,2	9,7
Rumänien.....	2 343	– 2,3	6,8
Italien.....	2 202	29,0	0,5

¹ Die Einbürgerungen sind auf die Ausländerzahl vor dem Zensus 2011 bezogen.

Finanzen 1. Halbjahr 2013

■ Staat erzielt Überschuss von 8,5 Mrd. EUR

(...) Der Staat erzielte im ersten Halbjahr 2013 nach vorläufigen Ergebnissen (...) einen Finanzierungsüberschuss von 8,5 Mrd. EUR. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 335,8 Mrd. EUR) errechnet sich daraus eine Quote von +0,6 %. Die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung konnten damit von einer im europäischen Vergleich insgesamt günstigen Beschäftigungssituation und stabilen Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 2013 profitieren.

Der Bund verringerte sein Finanzierungsdefizit im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um knapp 6 Mrd. EUR auf –2,2 Mrd. EUR. Die Länder erreichten im ersten Halbjahr 2013 einen Überschuss von 1,2 Mrd. EUR, nachdem sie im entsprechenden Vorjahreszeitraum knapp einen ausgeglichenen Haushalt verfehlt hatten (–30 Mill. EUR). Bei den Gemeinden erhöhte sich der Überschuss im Vorjahresvergleich um 1 Mrd. EUR auf rund 5,3 Mrd. EUR. Der Überschuss der Sozialversicherung belief sich auf 4,3 Mrd. EUR und fiel damit erwartungsgemäß deutlich niedriger aus als bisher. Gründe hierfür waren zum Beispiel die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge und der Wegfall von Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt.

Die Einnahmen des Staates beliefen sich im ersten Halbjahr 2013 auf 604,5 Mrd. EUR und waren um rund 16,3 Mrd. EUR höher (+2,8 %) als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben des Staates entwickelten sich nahezu parallel mit den Einnahmen und stiegen im ersten Halbjahr 2013 um 15,8 Mrd. EUR (+2,7 %) auf 596,0 Mrd. EUR.

Die wichtigste Einnahmequelle des Staates sind die Steuern, die mit 321,4 Mrd. EUR gut die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachen. Der Zuwachs bei den Steuereinnahmen blieb mit +3,8 % im ersten Halbjahr 2013 hoch und stützte sich insbesondere auf die Entwicklung der Einkommen- und Vermögensteuern, die um 6,3 % höher ausfielen. Hierbei lag der Zuwachs bei der Lohnsteuer im ersten Halbjahr bei 5,6 %. Überdurchschnittlich stark erhöhten sich die Einnahmen

aus der veranlagten Einkommensteuer (+12,8 %), der Gewerbesteuer (+8,4 %) und der Körperschaftsteuer (+8,1 %). Der Anstieg bei den Produktions- und Importabgaben, zu denen beispielsweise die Umsatzsteuer und Verbrauchsteuern gezählt werden, ist wegen der insgesamt schwächeren konjunkturellen Entwicklung zu Jahresbeginn mit +1,0 % eher verhalten ausgefallen. Die Sozialbeiträge an den Staat sind um 2,3 % auf 222,8 Mrd. EUR merklich angestiegen, obwohl die Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte rechnerisch zu einem Einnahmeausfall von gut 3 Mrd. EUR pro Halbjahr führt.

Die Ausgaben des Staates erhöhten sich im ersten Halbjahr 2013 um 2,7 % auf 596,0 Mrd. EUR. Etwas moderater verlief dabei der Anstieg bei den monetären Sozialleistungen, dem mit deutlichem Abstand größten Ausgabenblock des Staates: Für Leistungen wie Rentenzahlungen, Pensionen, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II wendete der Staat insgesamt 2,4 % mehr auf. Deutlich stärker stiegen dagegen die vom Staat gewährten sozialen Sachleistungen mit +4,4 %. Hier machten sich vor allem die Abschaffung der Praxisgebühr, die Anhebung der Honorare für niedergelassene Ärzte sowie sonstige Ausgabensteigerungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung bemerkbar. Die Ausgaben für die Vorleistungskäufe des Staates haben sich mit +4,3 % ebenfalls überdurchschnittlich erhöht. Dagegen war der Anstieg bei den Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte mit +1,9 % unterdurchschnittlich. Deutlich rückläufig waren wiederum die Zinsausgaben (–3,9 %) und die Ausgaben für vom Staat getätigte Bruttoinvestitionen (–0,9 %).

Bei den Angaben handelt es sich um Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Diese Angaben weichen aufgrund konzeptioneller Unterschiede teilweise deutlich von den ebenfalls vom Statistischen Bundesamt berechneten vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts ab.

Quelle: DESTATIS

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2. Quartal 2013

Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung

(...) Die deutsche Wirtschaft gewinnt nach schwachem Jahresbeginn an Dynamik: (...) das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im zweiten Quartal 2013 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,7 % höher als im Vorquartal. Dabei dürfte aber auch die extrem winterliche Witterung im ersten Quartal eine Rolle gespielt haben: Den neuesten Berechnungen zufolge hatte die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2013 stagniert, im Schlussquartal 2012 war das BIP um 0,5 % zurückgegangen.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich (preis-, saison- und kalenderbereinigt) vor allem aus dem Inland: Im zweiten Quartal 2013 waren sowohl die privaten (+0,5 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+0,6 %) höher als im ersten Quartal 2013. Außerdem zogen die Investitionen deutlich an: In Ausrüstungen – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde 0,9 % mehr investiert als im Vorquartal. Die Bauinvestitionen stiegen sogar um 2,6 %, was allerdings auch an witterungsbedingten Nachholeffekten nach dem ungewöhnlich langen und kalten Winter liegen dürfte. Darüber hinaus wurden im zweiten Quartal 2013 mehr Waren und Dienstleistungen exportiert (+2,2 %) als in den ersten drei Monaten des Jahres. Im selben Zeitraum stiegen die Importe mit +2,0 % etwas weniger stark. Dadurch stützte der Außenbeitrag – also die Differenz aus Exporten und Importen – das Bruttoinlandsprodukt mit einem rechnerischen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten. (...)

Auch im Vergleich zum Vorjahr ist die Wirtschaftsleistung gestiegen: Das preisbereinigte BIP war im zweiten Quartal 2013 um 0,9 % (kalenderbereinigt um 0,5 %) höher als im zweiten Quartal 2012.

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2013 wurde nach vorläufigen Berechnungen von 41,8 Mill. Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 242 Tsd. Personen oder 0,6 % mehr als ein Jahr zuvor.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigen, ist im zweiten Quartal 2013 um 0,3 % gestiegen, nachdem sie zuletzt vier Quartale in Folge rückläufig gewesen war. Je Erwerbstätigenstunde gemessen war es nach ersten vorläufigen Berechnungen genau andersherum: Die Arbeitsproduktivität ging erstmals seit 2009 zurück (–0,3 %), da je Erwerbstätigen im Durchschnitt um 0,6 % mehr gearbeitet wurde als im Vorjahr. Hauptursache hierfür war, dass es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Arbeitstag mehr gab.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche war im zweiten Quartal 2013 um 0,7 % höher als im zweiten Quartal 2012. In den einzelnen

Wirtschaftsbereichen war die Entwicklung aber durchaus unterschiedlich: Während die Unternehmensdienstleister ihre Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigerten (+3,5 %), verzeichneten die Finanz- und Versicherungsdienstleister einen Rückgang in gleicher Höhe (–3,5 %). Im Verarbeitenden Gewerbe konnte der Abwärtstrend des vergangenen Jahres gestoppt werden, die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 %. Im Baugewerbe hingegen gab es einen leichten Rückgang (–0,5 %).

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen im zweiten Quartal 2013 auch im Vergleich mit dem Vorjahr aus dem Inland überwiegend positive Impulse: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,1 % höher als vor einem Jahr. Der Staat erhöhte seine Konsumausgaben ebenfalls, und zwar um 1,3 %. Daneben wurde auch in Bauten (+1,2 %) mehr investiert als im zweiten Quartal 2012, während die Investitionen in Ausrüstungen das fünfte Quartal in Folge niedriger waren als im jeweiligen Vorjahreszeitraum (–1,2 %). Vom Außenhandel kamen im Vorjahresvergleich keine Wachstumsimpulse, da die preisbereinigten Importe von Waren und Dienstleistungen mit +1,4 % stärker stiegen als die Exporte (+1,1 %). Dadurch hatte der Außenbeitrag als Saldo zwischen Exporten und Importen einen leicht negativen Effekt auf das BIP-Wachstum (–0,1 Prozentpunkte).

In jeweiligen Preisen berechnet war das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2013 um 3,4 % und das Bruttonationaleinkommen um 3,5 % höher als im zweiten Quartal 2012. Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, nahm insgesamt um 3,9 % zu. Dabei stieg das Arbeitnehmerentgelt um 2,5 %, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach ersten vorläufigen Berechnungen um 6,9 % zunahmen. Die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer waren brutto 2,7 %, aber netto nur 2,1 % höher als ein Jahr zuvor, was vor allem am starken Anstieg der Lohnsteuer lag (+6,0 %). Im Durchschnitt je Arbeitnehmer berechnet fiel der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter mit +1,3 % noch schwächer aus, da auch die Anzahl der Arbeitnehmer im Vergleich zum Vorjahresquartal zunahm (+0,8 %). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich um 2,4 % und damit etwas weniger als die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen (+2,9 %). Daraus errechnet sich für die Sparquote der privaten Haushalte im zweiten Quartal 2013 ein vorläufiger Wert von 9,6 %; das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor. (...)

Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa****Finanzen** 1. Quartal 2013**Öffentlicher Schuldenstand des Euroraums stieg auf 92,2 % des BIP**

(...) Am Ende des ersten Quartals 2013 belief sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP im Euroraum (ER17)¹ auf 92,2 %, verglichen mit 90,6 % am Ende des vierten Quartals 2012. In der EU27² stieg der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 85,2 % auf 85,9 % an. Gegenüber dem ersten Quartal 2012 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP sowohl im Euroraum (von 88,2 % auf 92,2 %) als auch in der EU27 (von 83,3 % auf 85,9 %).

Am Ende des ersten Quartals 2013 hatten Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) einen Anteil von 77,1 % am öffentlichen Schuldenstand des Euroraums und von 79,0 % am öffentlichen Schuldenstand der EU27. Der Anteil von Krediten belief sich auf 18,4 % des öffentlichen Schuldenstands des Euroraums und auf 15,9 % der EU27. Bargeld und Einlagen machten 2,7 % des öffentlichen Schuldenstands des Euroraums und 3,6 % der EU27 aus.

Aufgrund der Beteiligung der EU Regierungen an den Finanzhilfen für einige Mitgliedstaaten, und um ein vollständigeres Bild über die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands zu erhalten, werden ebenfalls vierteljährliche Daten zu zwischenstaatlichen Krediten veröffentlicht. Der Anteil der zwischenstaatlichen Kredite als Prozent des BIP belief sich am Ende des ersten Quartals 2013 auf 2,1 % für den Euroraum und auf 1,6 % für die EU27.

Die höchsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) verzeichneten am Ende des ersten Quartals 2013 Griechenland (160,5 %), Italien (130,3 %), Portugal (127,2 %) und Irland (125,1 %) und die niedrigsten Quoten Estland (10,0 %), Bulgarien (18,0 %) und Luxemburg (22,4 %).

Im Vergleich zum vierten Quartal 2012 verzeichneten einundzwanzig Mitgliedstaaten am Ende des ersten Quartals 2013 einen Anstieg der Verschuldungsquote und sechs registrierten einen Rückgang. Die höchsten Anstiege verzeichneten Irland (+7,7 Prozentpunkte), Belgien (+4,7 Prozentpunkte) und Spanien (+4,0 Prozentpunkte) und die größten Rückgänge Lettland (-1,5 Prozentpunkte), Dänemark (-0,8 Prozentpunkte) und Deutschland (-0,7 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum ersten Quartal 2012 wiesen vierundzwanzig Mitgliedstaaten am Ende des ersten Quartals 2013 einen Anstieg und drei einen Rückgang der Verschuldungsquote auf. Die höchsten Anstiege der Quote meldeten Griechenland (+24,1 Prozentpunkte), Irland (+18,3 Prozentpunkte), Spanien (+15,2 Prozentpunkte), Portugal (+14,9 Prozentpunkte) sowie Zypern (+12,6 Prozentpunkte) und die Rückgänge Lettland (-5,1 Prozentpunkte), Litauen (-1,9 Prozentpunkte) und Dänemark (-0,2 Prozentpunkte).

Quelle: EUROSTAT

1 Zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Zur EU27 gehören: Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

Preise Juli 2013

▮ Jährliche Inflationsrate im Euroraum stabil bei 1,6 %

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Juli 2013 bei 1,6 %, stabil gegenüber Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,4 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug –0,5 % im Juli 2013.

Die jährliche Inflationsrate der Europäischen Union lag im Juli 2013 bei 1,7 %, stabil gegenüber Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,5 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug –0,4 % im Juli 2013. (...)

Im Juli 2013 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Griechenland (–0,5 %), Bulgarien (0,0 %) und Dänemark (0,4 %) gemessen und die höchsten in Estland (3,9 %), Rumänien (3,4 %) und den Niederlanden (3,1 %). Im Vergleich zu Juni 2013 ging die jährliche Inflationsrate in siebzehn Mitgliedstaaten zurück, blieb in zwei stabil und stieg in neun an. Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Juli 2013 verzeichneten Griechenland (0,1 %), Schweden (0,7 %) und Lettland (0,8 %), während die höchsten Werte in Rumänien (4,5 %), Estland (3,9 %) und Kroatien (3,7 %) gemeldet wurden.

Bei den Teilindizes hatten Obst (+0,12 Prozentpunkte), Gemüse (+0,09 Prozentpunkte) und Tabak (+0,08 Prozentpunkte) die stärkste Steigerungswirkung auf die jährliche Inflation des Euroraums, während Telekommunikation (–0,18 Prozentpunkte), medizinische und paramedizinische Dienstleistungen (–0,08 Prozentpunkte) sowie Kraftstoffe für Verkehrsmittel (–0,06 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Quelle: EUROSTAT

Außenhandel Juni 2013

▮ Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr in Höhe von 17,3 Mrd. EUR

(...) Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER17) im Juni 2013 ein Überschuss von 17,3 Mrd. EUR im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +12,8 Mrd. EUR im Juni 2012. Im Mai 2013 betrug der Saldo +14,5 Mrd. EUR, gegenüber +6,2 Mrd. EUR im Mai 2012. Im Juni 2013 stiegen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Mai 2013 um 3,0 % und die Einfuhren um 2,5 %. (...)

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im Juni 2013 einen Überschuss im Warenverkehr mit der übrigen Welt von 9,9 Mrd. EUR auf, gegenüber –1,0 Mrd. EUR im Juni 2012. Im Mai 2013 betrug der Saldo +15,7 Mrd. EUR, gegenüber –5,2 Mrd. EUR im Mai 2012. Im Juni 2013 blieben die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Mai 2013 stabil und die Einfuhren stiegen um 1,8 %.

Das Defizit der EU27 beim Handel mit Energie verringerte sich (–157,5 Mrd. EUR im Januar bis Mai 2013 gegenüber –178,5 Mrd. EUR im Januar bis Mai 2012), während der Überschuss für Industrieerzeugnisse anstieg (+163,0 Mrd. EUR gegenüber +133,3 Mrd. EUR).

Die Einfuhren der EU27 aus den wichtigsten Partnerländern verringerten sich im Januar bis Mai 2013 gegenüber Januar bis Mai 2012, außer aus der Türkei und aus Indien (je +4 %). Die deutlichsten Rückgänge

wurden bei den Einfuhren aus Norwegen und Japan (je –15 %) sowie Brasilien (–13 %) registriert. Im Hinblick auf die Ausfuhren der EU27 zeigten sich unterschiedliche Tendenzen. Die höchste Zunahme wurde bei Ausfuhren in die Schweiz (+33 %) verzeichnet und der stärkste Rückgang bei Ausfuhren nach Indien (–4 %).

Der Handelsüberschuss der EU27 mit der Schweiz (+37,7 Mrd. EUR im Januar bis Mai 2013 gegenüber +18,1 Mrd. EUR im Januar bis Mai 2012), den USA (+37,4 Mrd. EUR gegenüber +33,0 Mrd. EUR) und der Türkei (+12,2 Mrd. EUR gegenüber +10,5 Mrd. EUR) erhöhte sich. Das Handelsdefizit der EU27 verringerte sich mit China (–52,3 Mrd. EUR gegenüber –56,8 Mrd. EUR), Russland (–39,5 Mrd. EUR gegenüber –43,1 Mrd. EUR), Norwegen (–16,8 Mrd. EUR gegenüber –24,8 Mrd. EUR) und Japan (–1,7 Mrd. EUR gegenüber –5,9 Mrd. EUR).

Bezüglich des Handels der einzelnen Mitgliedstaaten erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+81,0 Mrd. EUR im Januar bis Mai 2013), gefolgt von den Niederlanden (+24,3 Mrd. EUR), Irland (+15,3 Mrd. EUR) und Italien (+8,7 Mrd. EUR). Frankreich (–32,9 Mrd. EUR) verbuchte das größte Defizit, gefolgt vom Vereinigten Königreich (–26,1 Mrd. EUR) und Griechenland (–8,0 Mrd. EUR).

Quelle: EUROSTAT

Wirtschaft im Überblick **Februar 2013****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2013 zum Februar 2012 um 4,7 %; das sind genau 10 631 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,3 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,9 Prozentpunkte. Es waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats Februar 2013 zum Februar 2012) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingang-index leicht, bei der Beschäftigtenzahl und beim Gesamtumsatz fiel er leicht. Im

Bauhauptgewerbe stieg die Trend-Kennziffer der Baugenehmigungen stark, die der Beschäftigtenzahl, des Umsatzes und des Auftragseingangs stieg leicht. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres leicht an. Die Trend-Konjunktur-Komponenten der Differenzen aus den Gewerbean- und -abmeldungen und den Betriebsgründungen und -aufgaben sanken stark. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel stark – ebenso der bei den Unternehmensinsolvenzen. Im Februar 2013 lag die Inflationsrate (auf Basis des Verbraucherpreisindex 2010 \pm 100) bei +2,1 % – der jährliche Trend des Verbraucherpreisindex war stark steigend.

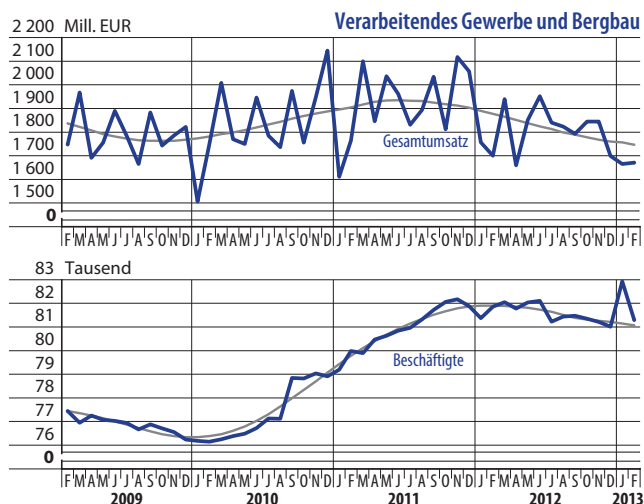
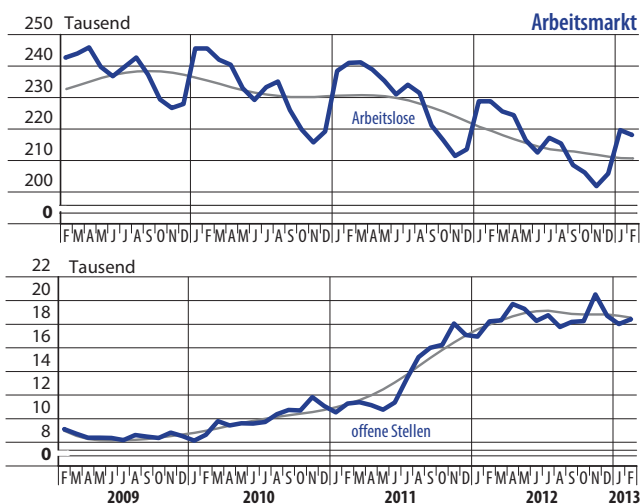
Februar 2012) lag bei –5,9 %; in den ersten beiden Monaten des Jahres 2013 (Januar und Februar 2013 zum Januar und Februar 2012) waren es dann –4,3 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder leicht an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit Ende 2009 wird der fallende Trend wieder weiter fortgesetzt. Der aktuelle Trend der letzten 12 Monate war leicht fallend.

Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 12,3 % und auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,7 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,8 bzw. –0,9 Prozentpunkte. Die Berliner Arbeitslosenquote (Basis: alle zivilen Erwerbspersonen) lag damit 4,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 0,8 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +1,3 Prozentpunkte bei allen zivilen Erwerbspersonen bzw. 2,4 Prozentpunkte bei den abhängig zivilen Erwerbspersonen als Basis.

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Februar des Jahres 2013 mit 217 506 Arbeitslosen 0,7 % weniger als im Januar 2013 registriert, das entsprach einem Minus von 1 565 Personen. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,7 % ab, das entsprach einem Minus von 10 631 Personen. Diese An-

zahl stimmt ungefähr mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Oberkrämer im Landkreis Oberhavel oder der Gemeinde Rangsdorf im Landkreis Teltow-Fläming, am 31. Dezember 2011, überein. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (März 2012 bis Februar 2013) im Vergleich zum Vorjahr (März 2011 bis

Tabelle Seite 24



Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeförder-ten Arbeitsstellen ohne selbstständige / frei-berufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 19 800 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit vorherigen Ver-öffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Februar 2013 waren 18 410 offene Stellen gemeldet. Das sind +1,0 % zum Februar 2012 und +27,5 % im Vergleich der beiden letzten 12-Monatszeiträume, aber auch +3,5 % im laufenden Jahr (Januar und Februar 2013 zum Januar und Februar 2012). Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen sehr stark an – in den letzten sechs Monaten fällt sie jedoch wieder leicht ab. Innerhalb eines Jahres ist die Trend-Konjunktur-Komponente der Anzahl der offenen Stellen hingegen „noch“ leicht steigend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeits-losen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,8. Der lineare Trend dieses Quotienten war sehr stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Februar-Vergleich mit +12,0 % eine sehr positive Veränderung; im Vergleich der beiden ersten Monate des Jahres 2013 mit 2012 waren es +6,4 % und bei den beiden letzten 12-Monatszeiträumen dann

+1,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 dann wieder an. Nach einer kleinen „Delle“ zum Beginn des Jahres 2012 steigt sie nun wieder stärker. Der aktuelle Trend innerhalb des letzten Jahres ist leicht steigend.

Die 334 im Monat Februar dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind vier Betriebe weniger als im Februar 2012 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 671,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahres-monats wurde damit um 28,4 Mill. EUR oder 1,7 % unterboten. In den letzten 12 Monaten – vom März 2012 bis Februar 2013 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 21,6 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verringerung des Gesamtumsatzes um 6,7 % oder 130,2 Mill. EUR; demgegenüber sind es „nur“ –3,5 % oder 59,9 Mill. EUR in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres 2013. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit Mitte 2011 wieder stärker ab. Der Trend der letzten 12 Monate ist leicht fallend.

Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar 2013 ein Niveau von 948,7 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit

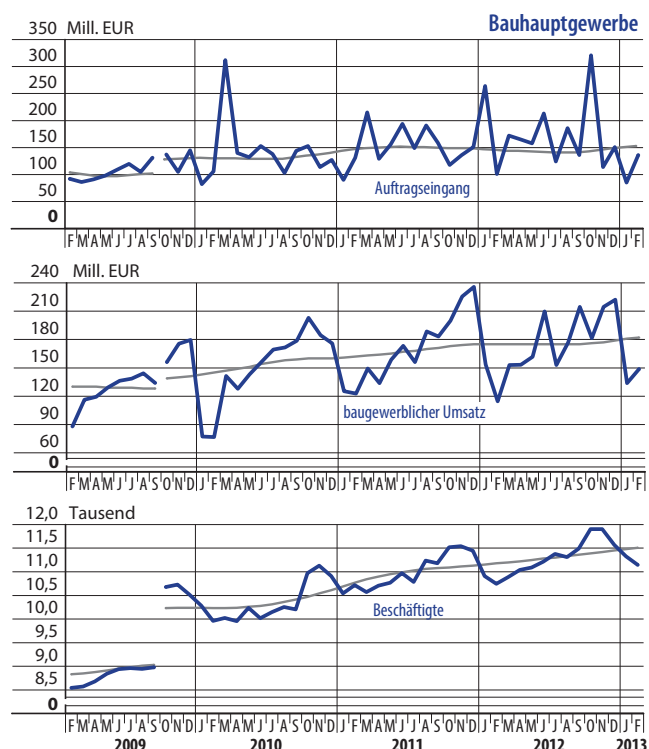
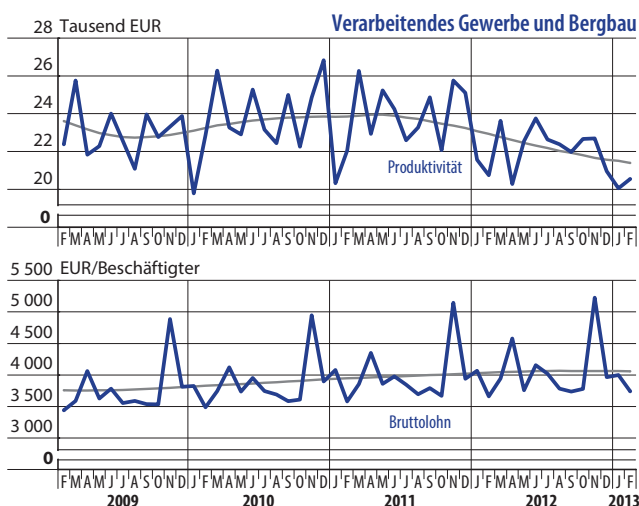
56,8 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 12,0 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Der Trend war stark fallend.

Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 stark steigend, sie fällt dann seit Beginn des Jahres 2012 wieder leicht ab. Im Februar des Jahres 2013 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 350 Personen tätig. Gegenüber dem Februar 2012 gab es mit –0,7 % eine leicht negative Veränderung. Im Vergleich der beiden ersten Monate des laufenden Jahres waren es mit +0,6 % und beim Vergleich der letzten 12 Monate mit +0,5 % „noch“ positive Veränderungen. Der aktuelle Trend der letzten 12 Monate war leicht fallend.

Im Februar 2013 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 20 546 EUR, das ergab –1,0 % gegenüber dem Februar 2012. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag im gleichen Zeitraum bei 3 740 EUR; sie nahm zu und lag um +2,2 % oder etwa 80 EUR höher als im Februar 2012.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen an dieser Stelle führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Februar 2013 ein Niveau von 136,8 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit +34,7 % zum Vorjah-

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderung Oktober 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



resonat eine sehr positive Entwicklung. Beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von $-0,1\%$, und für die ersten beiden Monate des laufenden Jahres 2013 waren es $-39,5\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit der Mitte des Jahres 2010 wieder etwas, sie verläuft aber seit dem Frühjahr 2012 ganz leicht fallend. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Trend leicht steigend.

Im Februar 2013 wurden 148 Baugenehmigungen erteilt, das sind $+42,3\%$ zum Februar 2012; im Vergleich des laufenden Jahres waren es $+3,4\%$ und für das laufende Jahr $+25,5\%$. Der Trend war demzufolge leicht steigend.

Der baugewerbliche Umsatz hatte im Februar 2013 einen Wert von 148,7 Mill. EUR (Gesamtumsatz: 149,5 Mill. EUR) bei $+29,8\%$ gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden beiden 12-Monatszeiträume mit $+2,4\%$ positiv, für die ersten beiden Monate des Jahres 2013 betrug sie $+5,4\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Jahr 2009 fast linear an. Der jährliche Trend war deshalb leicht steigend.

Mit 11 148 Beschäftigten wurde im Februar 2013 zum Februar 2012 ein Zuwachs von $3,8\%$ erreicht. Im Zeitraum der beiden letzten 12 Monate war ein Zuwachs von $2,9\%$ aufgetreten und im laufenden Jahr waren es wiederum $+3,8\%$. Der Trend der Beschäftigtenzahl war seit Mitte des Jahres 2006 leicht steigend, ebenso wie beim Vergleich zum Vorjahresmonat.

Im Februar 2013 erreichte die Zahl der Gästeteankünfte im Berlin-Tourismus 687,0 Tsd; gegenüber dem Februar 2012 waren es 20,9 Tsd. Personen oder $3,1\%$ mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von $8,8\%$ und beim Vergleich der ersten beiden Monate des Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012 waren es $+4,4\%$. Der Trend war leicht steigend.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Februar 2013 zu Februar 2012) um $8,8\%$ an – von 1 431,6 Tsd. auf 1 557,5 Tsd. Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich mit $+10,8\%$ diese positive Entwicklung stabil fort und im Vergleich der ersten beiden Monate des laufenden Jahres mit 2012 waren es ebenso beachtliche $+9,0\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear an, in der letzten Zeit etwas stärker. Der Trend im letzten Jahr war leicht steigend.

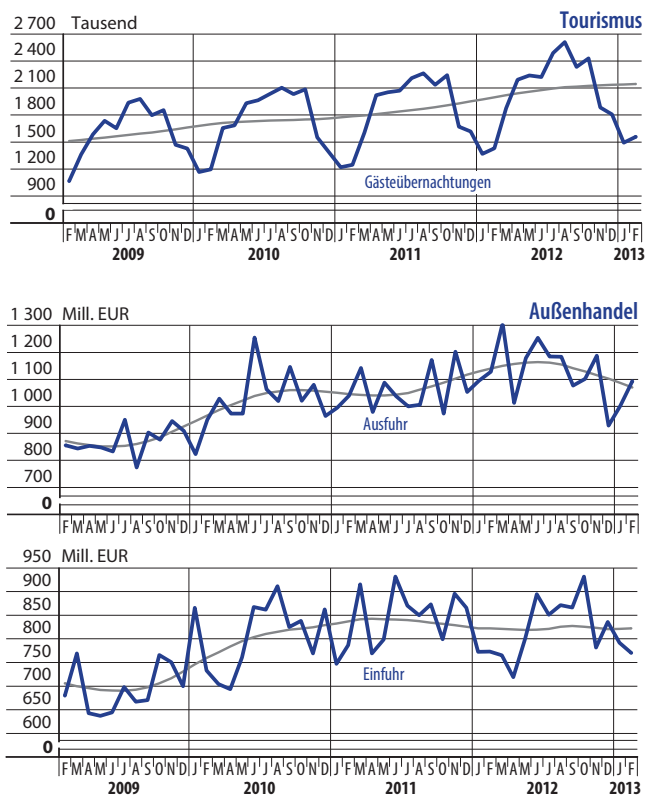
Im Durchschnitt entfielen im Februar 2013 auf jeden Gast 2,3 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig ganz leicht fallender Tendenz.

Auch im Berliner Außenhandel sind die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Februar 1 093,3 Mill. EUR und lag damit um $3,1\%$ unter dem Ergebnis des Februar 2012. Beim Vergleich der letzten 12 Monate waren es $+4,9\%$ und bei den beiden ersten Monaten des Jahres 2013 dann $-5,7\%$. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 13,5 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union $40,1\%$ der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat Februar 2012

wurden $3,0\%$ mehr in die EU exportiert, die Exportquote des Februars lag deshalb bei $44,1\%$. Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte im Herbst 2010 das Vorkrisen-Niveau überschritten und fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2011 wieder. Der Trend des letzten Jahres war beim gesamten Export leicht fallend – davon beim Export in die EU stärker.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 769,2 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von $-0,3\%$ zum Februar 2012 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (März 2012 bis Februar 2013) wurden Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR – das sind $-2,3\%$ zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Im laufenden Jahr 2013 waren es $+1,1\%$ bei 1,6 Mrd. EUR. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008, stieg aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Seit dem Frühjahr des Jahres 2012 ist die Trend-Konjunktur-Komponente fast konstant. Der Trend des letzten Jahres war beim gesamten Import gleichbleibend.

Betont sei, dass eine Saldierung von Export und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im Februar 2013 wurden 211 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Februar 2012, mit 951 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es –77,8 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –32,5 % und im 2-Monats-Vergleich –87,3 %. Der Trend war stark fallend.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2013 auf 43 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf –78,4 % zum Februar 2012, der ein Saldo von 199 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es bei den Betrieben –18,9 % und bei den ersten zwei Monaten des Jahres 2013 zu 2012 dann –76,8 %. Der Trend war demzufolge auch stark fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten beiden längerfristigen Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen eine stark negative Veränderungsrate – bei beiden also eine sehr positive Entwicklung.

Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 552 Verfahren für den Monat Februar 2013 genannt, das sind ge-

genüber dem Februar des Vorjahres –12,5 % mehr. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –9,2 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich unter 600 Insolvenzverfahren beantragt, die allerdings im letzten Jahr auf ca. 500 gefallen sind. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

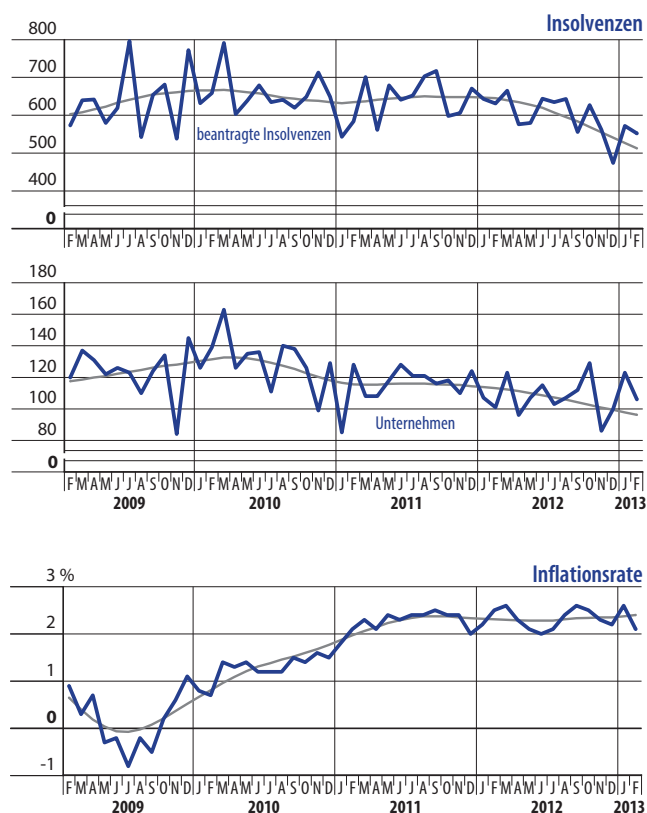
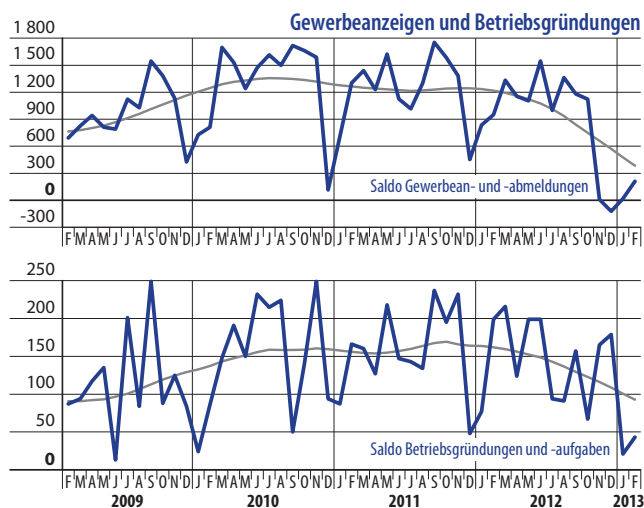
Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 etwas steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder stärker bis in die Nähe von 100. Im Februar 2013 gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen dann auch zufälligerweise die genannten 106 Fälle, das entspricht –5,0 % zum Februar 2012. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –5,3 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und den Unternehmensinsolvenzen stark fallend.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Berlin – wie auch in Brandenburg – ab dem Berichtsmonat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 ± 100 auf die neue Basis 2010 ± 100 umgestellt und es wurden einige methodische Verbesserungen vorgenommen. Damit verbunden erfolgte eine Neuberechnung des Gesamtindex ab dem Januar 2000.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Februar 2013 bei 106,2 (2010 ± 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2013 und dem Februar 2012, ergab sich damit ein Wert von +2,1 %, im Januar 2013 waren es +2,6 %. Folgende Preise verteuerten sich überdurchschnittlich: die für Energie insgesamt und Nahrungsmittel, aber auch für Pauschalreisen, Beherbergungsdienstleistungen und Bücher. Preisrückgänge ergaben sich dagegen bei der Unterhaltungselektronik und bei Informationsverarbeitungsgeräten, aber auch bei Heizöl und Gas.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 von ca. 3,0 % sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt nahe null, sie verläuft seit dem Herbst des Jahres 2012 um ca. 2,3 % herum fast gleichbleibend. Gegenüber dem Februar 2012 war der Trend des Gesamtindex allerdings stark steigend.



Wirtschaft im Überblick **Februar 2013****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2013 zum Februar 2012 um 4,0 %, das waren –6 193 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,0 %, das sind –0,5 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des DESTATIS-Zeitreihenanalysen-Programms BV4.1 beim Vergleich des Monats Februar 2013 zum Februar 2012 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen waren stärker fallend, die der Arbeitslosenquoten leicht fallend und die der in Weiterbildungsmaßnahmen Beschäftigten dagegen stark steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden blieb die Beschäftigtenzahl konstant, der Gesamtumsatz fiel leicht und der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende

Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) fiel stark. Im Baugewerbe stieg die Trend-Konjunktur-Kennziffer beim Auftragseingang stark, bei den Baugenehmigungen leicht, der Baugewerbliche Umsatz und die Beschäftigtenzahlen fielen leicht. Beim Tourismus nahmen die Zahl der Gäste leicht zu und die der Übernachtungen blieb konstant. Die Brandenburger Ausfuhren und Einfuhren fielen leicht ab, die EU-Exporte blieben konstant. Die genannten Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben zeigten eine stark fallende Tendenz. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen sank stark, bei den Unternehmensinsolvenzen jedoch stieg er stark. Im Februar 2013 betrug die Inflationsrate +1,3 % und der Verbraucherpreisindex (2010=100 lag bei 104,7); der jährliche Trend des Verbraucherpreisindex ist zurzeit leicht steigend.

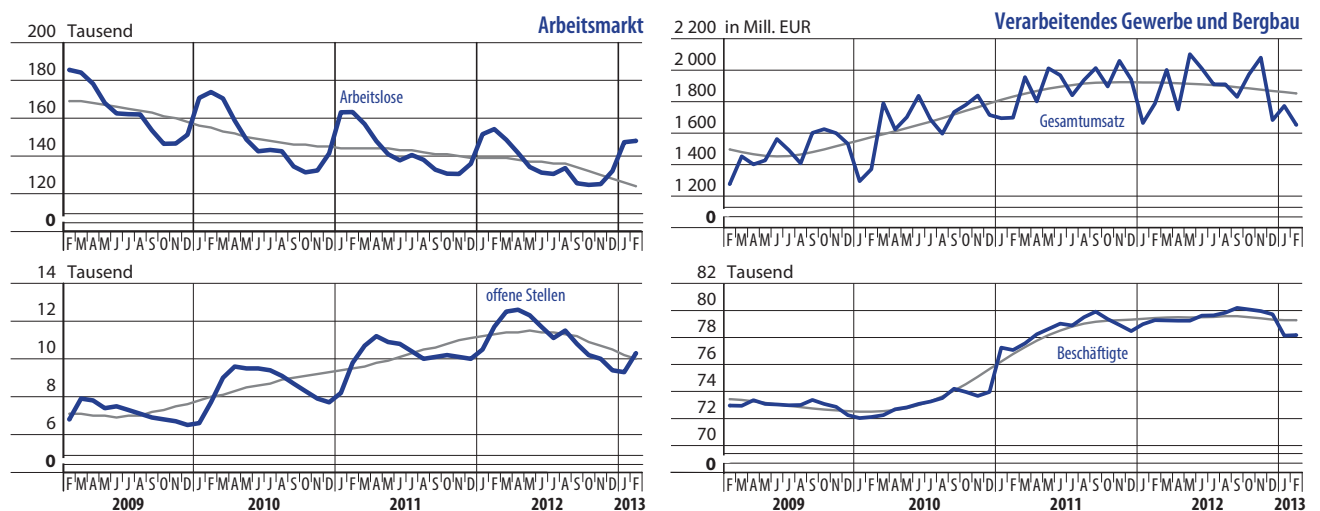
Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 11,0 % und auf der Basis aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 12,3 %; es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,5 Prozentpunkte weniger. Damit fand sich die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt wieder, aber auch 0,5 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 1,3 (Basis: alle zivilen Erwerbspersonen) bzw. 2,2 Prozentpunkte (Basis: alle abhängig zivilen Erwerbspersonen) weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten.

Bei den offenen Stellen erfolgte 2009 ein methodischer Wechsel: Es werden nun die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit noch weiter zurückliegenden Veröffentlichungen ist nicht möglich. Die

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Februar des Jahres 2013 mit 147 964 Arbeitslosen ein Plus von 0,5 % gegenüber dem Vormonat – dem Januar 2013 – registriert, das waren 713 Personen mehr. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,0 % ab, das

entspricht einem Minus von 6 193 Personen. Diese Zahl stimmt mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Niedergörsdorf im Landkreis Teltow-Fläming oder der Gemeinde Wusterhausen/Dosse im Landkreis Ostprignitz-Ruppin zum Ende des Jahres 2011 fast überein. Die brandenburgische

Tabelle Seite 25



gemeldeten 10 330 offenen Stellen hatten sich seit dem Februar des vorigen Jahres um 1 352 Stellen oder um 11,6 % vermindert. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an, sie fällt seit der Mitte des Jahres 2012 jedoch wieder stärker. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 14,3 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Februar dieses Jahres waren insgesamt 6 591 Personen in der beruflichen Weiterbildung erfasst; im Vergleich zum Februar 2012 ergab dies ein Plus von 1 318 Personen oder +25,0 %.

Zusammengefasst fiel die Trend-Konjunktur-Komponente der Arbeitslosenanzahl und der offenen Stellen stark, die der Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen sank leicht, während sie bei den in Weiterbildung Beschäftigten stark stieg.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Februar-Vergleich mit +18,9 % eine starke positive Veränderung, bei jedoch starken Schwankungen der Monatseinzelwerte. Im Vergleich des laufenden Jahres – der letzten 2 Monate (Januar 2013 bis Februar 2013 zu Januar 2012 bis Februar 2012) – waren es +20,4 %. Und im Zeitraum eines ganzen Jahres (März 2012 bis Februar 2013) ergaben sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (März 2011 bis Februar 2012) dann –7,0 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache in einzelnen Großaufträgen aus dem In- und Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente der

Zeitreihenzerlegung nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes war seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem Herbst 2011 ist sie wieder stark fallend, sie scheint aber die Talsohle durchritten zu haben – im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Februar 2013 zu Februar 2012) fiel sie ebenfalls sehr stark ab.

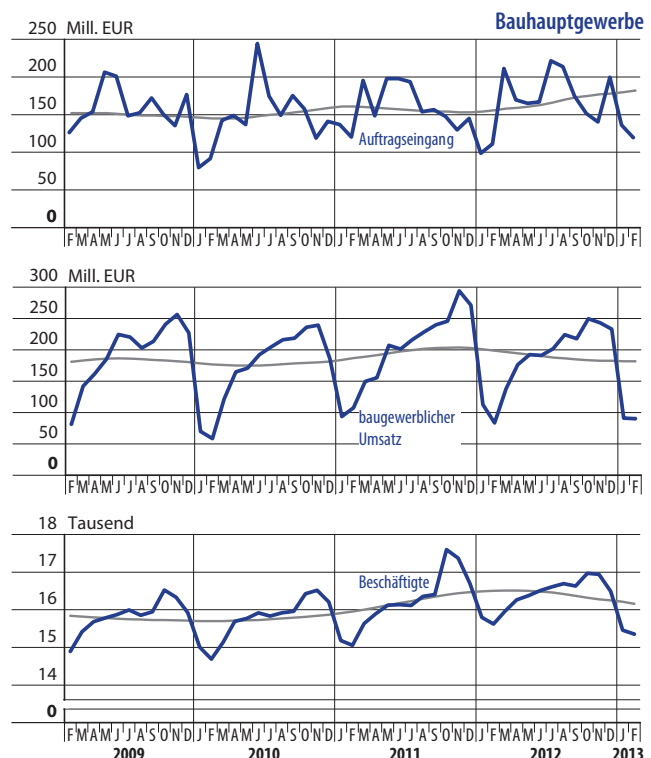
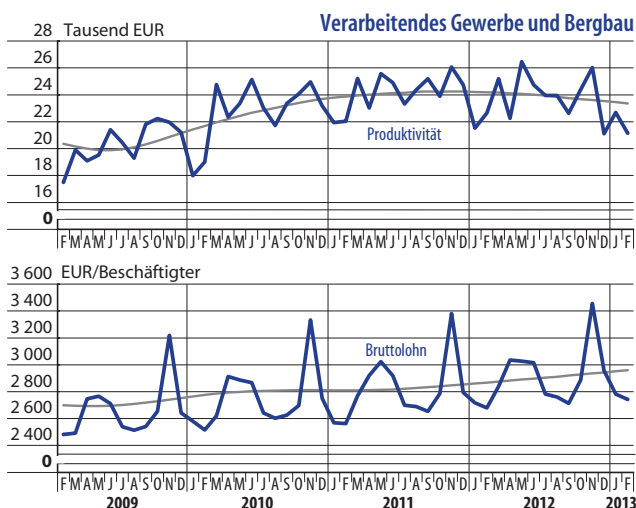
Die im Monat Februar dieses Jahres berichtspflichtigen 435 Betriebe – das sind genau elf Betriebe weniger als im Februar 2012 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 652,8 Mill. EUR. Das Ergebnis gegenüber dem Vorjahresmonat verschlechterte sich somit, es wurde um 135,6 Mill. EUR oder 7,6 % unterboten. Im laufenden Jahr 2013 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 3,4 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 2012 verminderte sich damit der Gesamtumsatz um 0,8 %. Innerhalb der letzten 12 Monate wurden Waren für 22,7 Mrd. EUR abgesetzt, das waren im Vergleich zu den vorherigen 12 Monaten –0,9 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 sehr stark steigend, ab dem Herbst des Jahres 2011 dann aber wieder leicht fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschafts-

abschnitts erreichte im Februar des Jahres 2013 ein Niveau von 522,1 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug damit 31,6 %, im laufenden Jahr 2013 waren es ebenfalls 31,6 %, in den letzten 12 Monaten dann 30,7 % des gesamten Umsatzes.

Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Mitte des Jahres 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt, in letzter Zeit jedoch gleichbleibend verläuft. Im Februar des Jahres 2013 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 78 166 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Februar 2012) mit –1,4 % eine Abnahme um 1 112 Personen. Im Vergleich der beiden ersten Monate des Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum 2012 ergaben sich –1,2 % und im Vergleich der letzten 12 Monate dann +0,7 %.

Im Februar 2013 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 21 145 EUR, das waren –6,3 % gegenüber dem Februar 2012. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg demgegenüber: Sie lag im gleichen Zeitraum um +2,4 % oder 65,6 EUR je Beschäftigten höher – insgesamt bei 2 743 EUR. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Produktivität war leicht fallend, während die der Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten leicht und kontinuierlich stieg.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Februar 2013 ein Niveau von 118,1 Mill. EUR. Es zeigte mit +7,9 % zum Vorjahresmonat eine positive Entwicklung. Im Vergleich des laufenden Jahres 2013 mit dem Vorjahr 2012 ergab sich mit +22,4 % ebenfalls ein Plus und im Verlauf der letzten 12 Monate waren es dann +10,5 %. Der Trend war demzufolge stark steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen im Februar 2013 betrug 649, es ergaben sich +16,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat; beim längerfristigen Vergleich der letzten 12-Monate waren es –3,9 % und beim laufenden Jahr (letzte 2 Monate) +16,5 %. Der Trend stellte sich demzufolge bei den Baugenehmigungen als leicht steigend ein.

Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelte seit 2006 leicht über der 180-Mill.-EUR-Marke – mit langfristig gleichbleibender Tendenz. Sie erreichte zuletzt wieder die Werte des Jahres 2003 / 2004, fällt jedoch seit Ende des Jahres 2011 leicht. Diese Trend-Konjunktur-Komponente war im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Februar 2013 zu Februar 2012) leicht fallend. Die im Februar 2013 berichtspflichtigen 335 Betriebe – drei Betriebe weniger als im Februar 2012 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 90,1 Mill. EUR (Gesamtumsatz 91,8 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit +7,7 % über dem Wert vom Februar 2012. Beim Vergleich der ersten beiden Monate des Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012 waren es –7,7 % und bei den letzten 12 Monaten –6,6 %.

Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelte seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte und stieg seit dem Jahresbeginn 2010 leicht an, um seit Anfang 2012 wieder leicht zu fallen. Im Februar 2013 gab es im Wirtschaftszweig 15 351 Beschäftigte, –1,7 % weniger als im Februar 2012. Im Zeitraum der letzten 12 Monate gab es einen Beschäftigten-Zuwachs von 0,3 %, für die letzten zwei Monate ergaben sich demgegenüber –1,9 %. Der Trend des letzten Jahres war leicht fallend.

Im Februar 2013 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen beim Brandenburg-**Tourismus** 530,9 Tsd., gegenüber dem Februar 2012 waren es +13,3 Tsd. Übernachtungen oder +2,6 %. Beim Vergleich der Ganzjahres-Zeiträume (letzte 12 Monate) ergab sich ein Plus von 3,8 % und im laufenden Jahr (letzte zwei Monate) +3,7 %.

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 2,5 %. Im Ganzjahres-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +3,2 % die positive Entwicklung langfristig fort und im laufenden Jahr waren es +4,4 %. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2013 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen. Insgesamt war bei den Gästeankünften ein leicht steigender und bei den Gästeübernachtungen ein gleichbleibender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen läuft diesem Trend etwas entgegen, sie fällt langfristig ganz leicht.

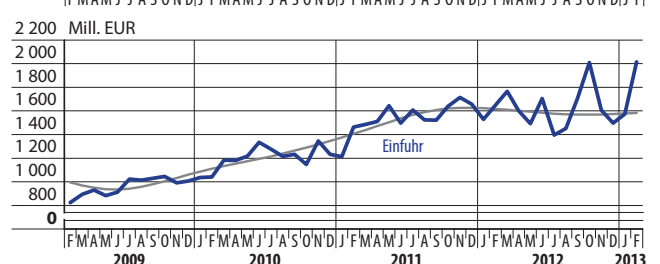
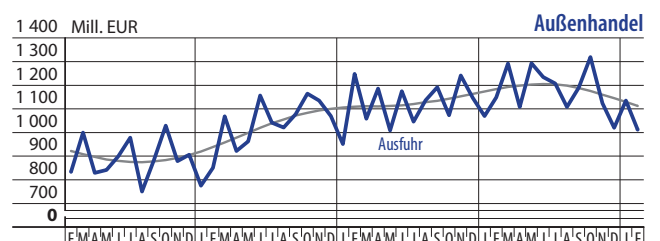
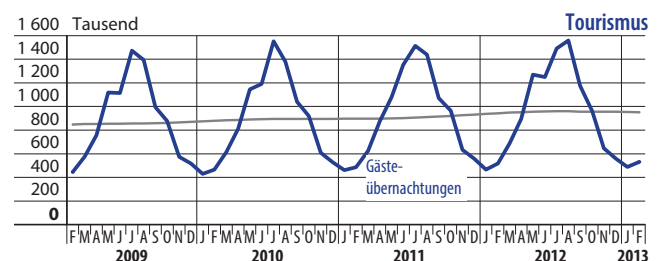
Im Brandenburger **Außenhandel** trat im Zeitraum vom Beginn des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale – Import und Export – etwa auf das Niveau von 2006 / 2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes allerdings etwas geringer. Beim Import und beim Export wurde das Vor-Krisen-Niveau etwa

zur Mitte 2010 dann wieder überschritten.

Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Februar 1 011,8 Mill. EUR und lag damit um 11,9 % unter dem Ergebnis des Februar 2012. Beim Vergleich der gesamten letzten 12-Monats-Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,2 % und bei der Summe der beiden ersten Monate des Jahres 2013 waren es –3,2 %. Insgesamt wurden in den letzten 12 Monaten Waren für 14,0 Mrd. EUR exportiert. In die Staaten der Europäischen Union gingen 62,4 % der gesamten Ausfuhr des Februar 2013, mit 630,9 Mill. EUR 12,2 % weniger als im Februar 2012; in dem letzten 12-Monats-Zeitraum ergab sich beim EU-Export ein Plus von 1,2 % und für die Summe der beiden ersten Monate des Jahres 2013 dann +4,1 %.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 2 014,8 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +22,4 % gegenüber dem Februar 2012 führte. In den letzten 12 Monaten wurden Waren im Wert von 19,8 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +4,4 %. In den beiden ersten Monaten des Jahres 2013 wurden Waren im Wert von 3,6 Mrd. EUR importiert, das sind +13,0 % gegenüber den beiden ersten Monaten des Jahres 2012.

Der Trend der letzten 12 Monate ist bei Export und Import leicht fallend, beim EU-Export gleichbleibend.



Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben zusammengefasst dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt.

Im Februar 2013 wurden 5 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Februar 2012 (92 Abmeldungen mehr als Anmeldungen) sind es, bei einer Saldendifferenz von +87, dann -94,6 % und im gesamten 12-Monats-Vergleich -170,7 %, sowie -6,1 % im laufenden Jahr 2013.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2013 auf 5 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von 36,5 % zum Februar 2012 (6 Abmeldungen mehr als Anmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben -101,8 % und +37,7 % im laufenden Jahr 2013.

Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und bei den Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben als außerordentlich stark fallend eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei stark schwankenden monatlichen Werten – seit Beginn des Jahres 2010 eine deutlich fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 375 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem Februar des Vorjahres eine Veränderung von -13,6 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich ca. 450 Verfahren beantragt. Im längerfristigen Ganzjahres-Zeitraum waren es dann -8,2 %. Eindeutig dominierten die Verbraucherinsolvenzen die beantragten Insolvenzverfahren.

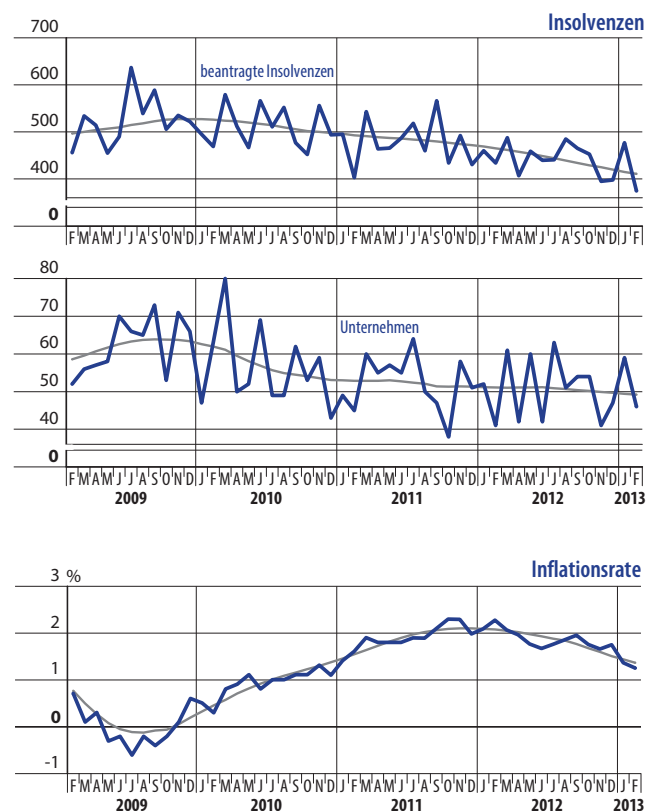
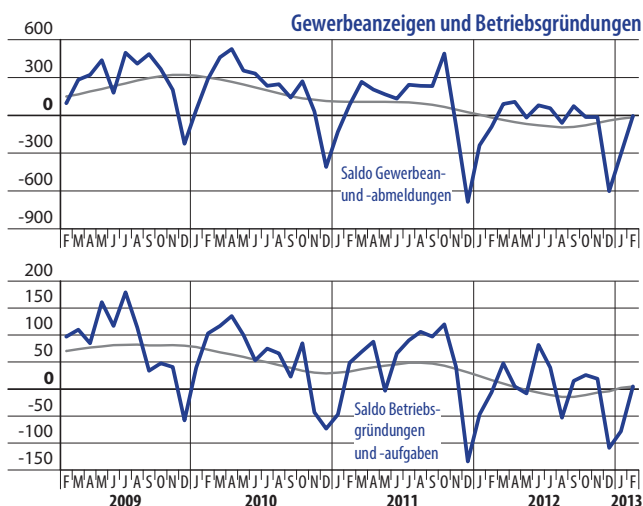
Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Wechsel des Jahres 2004 / 2005 und Herbst 2009 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 46 Fälle, das entspricht +12,8 % zum Dezember 2011. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich -1,3 %.

Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen stark fallend und bei den der Unternehmen stark steigend.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Brandenburg ab dem Berichtsmontat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 ± 100 auf die neue Basis 2010 ± 100 umgestellt und es wurden einige methodische Verbesserungen vorgenommen. Damit verbunden erfolgte eine Neuberechnung der Ergebnisse ab dem Januar 2010.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Februar 2013 (2010 ± 100) bei 104,7. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2012 und dem Februar 2013, ergab sich damit ein Wert von +1,3 %, im Januar 2013 war sie bei 1,4 %. Die Inflationsrate lag damit wieder unter der für die Eurozone wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Während die Preise für Energie (besonders beim Strom), Nahrungsmittel, Mieten und Wohnnebenkosten, Pauschalreisen, Bücher, Beherbergungsdienstleistungen und Gaststättenbesuche überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Unterhaltungselektronik, Informationsverarbeitungsgeräten sowie Foto- und Filmausrüstungen.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2011 linear an, sie fällt seit dem Herbst des Jahres 2011 wieder stärker ab. Im Vergleich des Februar 2013 zum Februar 2012 ist beim Verbraucherpreisindex demgegenüber ein leicht steigender Trend vorhanden.



Wirtschaft im Überblick **Februar 2013****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 25. Juni 2013)

Merkmal	Einheit	Februar 2013		Januar 2013 bis Februar 2013		März 2012 bis Februar 2013		Februar
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↗								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2010 ± 100	106,2	2,1	106,0	2,4	105,0	2,3	↑
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	122,8	12,0	116,4	6,4	118,6	1,9	↗
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	135,8	34,7	110,4	– 39,5	163,5	– 0,1	↗
Baugenehmigungen.....	Anzahl	148	42,3	150,0	25,5	183,4	3,4	↑
Gegenwärtige Indikatoren →								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 671,4	– 1,7	1 668,2	– 3,5	1 798,7	– 6,7	↘
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	945,4	– 2,7	993,6	– 1,3	656,6	– 4,6	↘
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	148,7	29,8	141,2	5,4	176,9	2,4	↗
Gästeankünfte.....	1000	687,0	3,1	683,3	4,4	909,0	8,8	↗
Gästeübernachtungen.....	1000	1 557,5	8,8	1 525,8	9,0	2 094,7	10,8	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 093,3	– 3,1	1 047,7	– 5,7	1 125,9	4,9	↘
davon nach EU.....	Mill. EUR	482,4	3,0	459,4	– 2,3	451,3	– 8,3	↓
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	769,2	– 0,3	779,9	1,1	822,0	– 2,3	→
Produktion								
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ..	EUR	20 546	– 1,0	20 303,6	– 4,0	22 012,0	– 7,2	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 740	2,2	3 869,0	0,2	4 057,2	1,7	→
Späte Indikatoren ↑								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	211	– 77,8	113,5	– 87,3	826,1	– 32,5	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	43	– 78,4	32,0	– 76,8	129,6	– 18,9	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	552	– 12,5	562,0	– 11,8	590,5	– 9,2	↓
davon Unternehmen.....	Anzahl	106	+ 5,0	114,5	+ 10,1	108,9	– 5,3	↓
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ..	1000	81,4	– 0,7	82,2	0,6	81,7	0,5	↘
Bauhauptgewerbe ¹	1000	11,1	3,8	11,2	3,8	11,4	2,9	↗
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	217 506	– 4,7	218 289	– 4,3	213 699	– 5,9	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	12,3	– 6,8	12,4	– 6,4	12,2	– 7,5	↘
offene Stellen.....	Anzahl	18 410	1,0	18 211,5	3,5	18 685,8	27,5	↗

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 6. Juni 2013)

Merkmal	Einheit	Februar 2013		Januar 2013 bis Februar 2013		März 2012 bis Februar 2013		Februar	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zumVorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2010 ± 100	104,7	1,3	104,4	1,3	104,0	1,7	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	163,9	18,9	164,1	20,4	161,0	− 7,0	↓	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	118,1	7,9	126,3	22,4	171,0	10,5	↑	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	649	16,7	579,0	16,5	657,4	− 3,9	↗	
Gegenwärtige Indikatoren									→
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 652,8	− 7,6	1 712,9	− 0,8	1 889,4	− 0,9	↘	
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	3 356,7	0,7	3 375,0	3,1	3 287,8	4,9	↑	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	90,1	7,7	90,7	− 7,7	187,3	− 6,6	↘	
Gästeankünfte.....	1 000	199,5	2,5	191,0	4,4	349,1	3,2	↗	
Gästeübernachtungen.....	1 000	530,9	2,6	509,4	3,7	959,8	3,8	→	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 011,8	− 11,9	1 073,3	− 3,2	1 170,3	4,2	↘	
davon nach EU.....	Mill. EUR	630,9	− 12,2	670,1	4,1	744,6	1,2	→	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	2 014,8	22,4	1 794,6	13,0	1 651,7	4,4	↘	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)..	EUR	21 144,8	− 6,3	21 918,1	0,5	23 784,3	− 1,6	↘	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 742,9	2,4	2 762,8	2,6	2 916,7	2,9	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	− 5	− 94,6	− 155,0	− 6,1	− 51,1	− 170,7	↓	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	5	− 183,3	− 36,5	37,7	− 0,7	− 101,6	↓	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	375	− 13,6	426,0	− 4,7	440,3	− 8,2	↓	
davon Unternehmen.....	Anzahl	46	+ 12,2	52,5	+ 12,9	51,7	− 1,3	↑	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ..	1 000	78,2	− 1,4	78,2	− 1,2	79,4	0,7	→	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	15,4	− 1,7	15,4	− 1,9	16,4	0,3	↘	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	147 946	− 4,0	147 589,5	− 3,4	135 205,8	− 4,4	↓	
Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen).....	%	11,0	− 4,3	11,0	− 3,5	10,1	− 4,5	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	10 330	− 11,6	9 791,5	− 11,5	10 973,8	4,0	↓	
Beschäftigte in Weiterbildung.....	Anzahl	6 591	25,0	6 182,5	15,9	5 428,2	− 15,6	↑	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

Zensus 2011 – Ihr Zugang zu den Ergebnissen

Der Zensus 2011 ist eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung. Dabei werden – soweit möglich – bereits vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern für statistische Zwecke genutzt. Eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis sowie die Befragung aller Gebäude- und Wohnungseigentümer korrigieren und ergänzen die Registerinformationen. Erste Ergebnisse zur Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung wurden durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 31. Mai 2013 veröffentlicht. Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um einen Nachdruck (Träuble, J.: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2013).

Abb. 1 Exemplarische Darstellung der Startseite der Zensusdatenbank

Verschiedene Interessengruppen begegnen dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zensusergebnisse mit unterschiedlichen Erwartungshaltungen. Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde erwarten beispielsweise Grundinformationen zu allgemeinen Fragestellungen, zum Beispiel „Wie viele Bürgerinnen und Bürger leben tatsächlich in meiner Gemeinde?“ oder „Welche Bevölkerungsstruktur hat mein Wohnort?“. Der Informationsbedarf von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung hingegen kann als weit spezifischer und detaillierter eingeschätzt werden. Im Fokus werden hier insbesondere feingliedrige Informationen liegen. Fragestellungen wie „Wie hoch ist die Anzahl der leerstehenden Wohngebäude?“ oder „Welche Altersstrukturen charakterisieren meine Stadt und welche infrastrukturellen Maßnahmen sind daraus abzuleiten?“ werden den Informationsbedarf dieser

Interessengruppe prägen. Um dieser Vielschichtigkeit Rechnung tragen zu können, wurde durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein ebenso vielschichtiges Informationsangebot realisiert. Verschiedene Zugangswege, welche auf die Nutzenerwartungen der einzelnen Zielgruppen zugeschnitten sind, ermöglichen eine bedarfsgerechte Informationsversorgung.

Die Zensusdatenbank – das Ergebnisportal der Statistischen Ämter im Netz

Herzstück der Ergebnisveröffentlichung bildet die Zensusdatenbank. Über das im Internet unter www.zensus2011.de frei zugängliche Webportal sind die Ergebnisse des Zensus 2011 für jedermann abrufbar. Das breite Informationsangebot – von Bundes- bis hin zu Gemeindeergebnissen über ein vielfältiges Themenspektrum hinweg – richtet sich an verschiedenste Nutzergruppen. Die Heterogenität der Nutzergruppen spielt nicht nur eine Rolle dabei welche Ergebnisse, sondern auch wie die Ergebnisse bereitgestellt werden können. Die Tatsache, dass sich die Nutzer auch in ihren statistischen Vorkenntnissen und dem Fachwissen zum Umgang mit Informationsdatenbanken unterscheiden werden, ist in der Ausgestaltung der beiden zentralen Ergebnisbereiche der Zensusdatenbank berücksichtigt (Abbildung 1).



„Ergebnisse einfach und schnell“...

... gewährleistet einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu den Ergebnissen des Zensus 2011. Dieser Auswertungsbereich besteht im Wesentlichen aus einem integrierten Regionen- und Themenzugang. Zahlreiche Informationen werden dem Nutzer in Abhängigkeit von der gewünschten regionalen Einheit angeboten. Wichtigstes abrufbares Ergebnis bildet hierbei die im Rahmen des Zensus 2011 ermittelte Einwohnerzahl. Vordefinierte Ergebnissammlungen bieten dem Nutzer die Möglichkeit, sich schnell einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“ oder „Gebäude und Wohnungen“ zu verschaffen. Gleichermaßen hat der Nutzer die Möglichkeit, über das bereitgestellte Themenangebot spezifisch in einzelne Themenbereiche einzusteigen. Dies ermöglicht den gezielten Abruf von themenbezogenen Ergebnistabellen und -diagrammen (Abbildung 2).

Der Auswertungsbereich mit vordefiniertem Ergebnisprogramm richtet sich speziell an Nutzer, welche sich auch ohne statistische Vorkenntnisse schnell aber dennoch gezielt über die Ergebnisse des Zensus 2011 informieren möchten.

„Ergebnisse dynamisch und individuell“...

... bietet dem Nutzer hingegen die Möglichkeit, sich Ergebnistabellen zu den Themenblöcken „Gebäude“, „Wohnung“ oder „Bevölkerung“ nach eigenen Anforderungen bzw. Interessen selbst zusammenzustellen. Ausgangspunkt bilden ebenfalls die im Rahmen des Zensus 2011 gewonnenen Informationen. Es obliegt dem Nutzer, welche fachlichen Merkmale aus der Vielzahl der verfügbaren Merkmale miteinander kombiniert und ausgewertet werden sollen und wie diese in den Spalten und Zeilen angeordnet werden. Neben dieser individuellen Auswahl der fachlichen Merkmale verfügt der Nutzer ebenfalls über die freie Auswahl der auszuwertenden regionalen Einheiten. Der Nutzer kann gezielt Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise, Regierungsbezirke, Bundesländer und Deutschland auswählen oder seine Auswahl über einen komfortabel zu bedienenden Regionenvergleich durchführen (Abbildung 3).

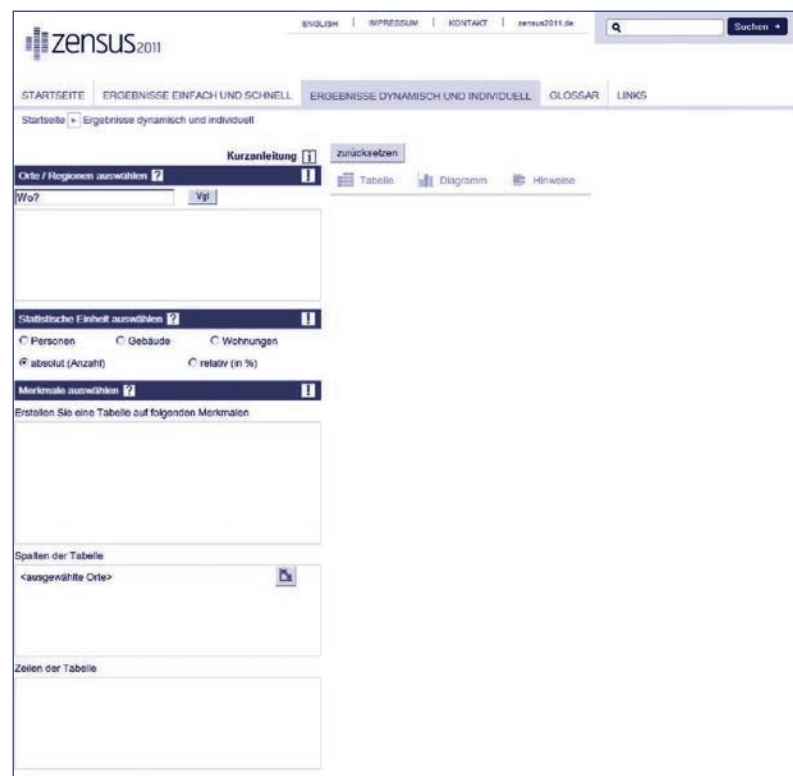
Dieser Auswertungsbereich richtet sich eher an Nutzergruppen, die über statistische Vorkenntnisse verfügen und im Umgang mit Online-Datenbanken versiert sind.

Im Frühjahr 2014 erfolgt die Erweiterung des Ergebnisangebots. Zu diesem (zweiten) Veröffentlichungstermin werden neben fachlich weitaus detaillierteren Auswertungen dann auch Ergebnisse zu Haushalts- und Familienstrukturen abgerufen bzw. erstellt werden können. Zusätzlich werden kombinierte Auswertungen über Personen-, Familien-, Haushalts-, Wohnungs- und Gebäudemerkmale hinweg möglich sein.

Musterdarstellung der Einstiegsseite in den Auswertungsbereich „Ergebnisse einfach und schnell“ Abb. 2



Musterdarstellung der Einstiegsseite in den Auswertungsbereich „Ergebnisse dynamisch und individuell“ Abb. 3



Einzeldaten für Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle

Gemäß § 22 Abs. 2 ZensG 2011¹ besteht seitens der Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle² für ausschließlich kommunalstatistische Zwecke ein rechtlicher Anspruch auf Einzelangaben sowie auf die Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“.³ Zu den jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkten Ende Mai 2013 bzw. Frühjahr 2014 wurde auf Basis der zu diesen Zeitpunkten verfügbaren Ergebnissen ein spezielles Datenangebot für die Kommunen mit abgeschotteter Statistik entwickelt.

Die zu den jeweiligen Zeitpunkten bereitgestellten Datenbestände umfassen stets einen bereits anonymisierten wie auch einen originären Datenbestand. Die Anonymisierung erfolgte, wie auch sonst beim Zensus 2011, mittels des Geheimhaltungsverfahrens SAFE (Verfahren zur sicheren Anonymisierung für Einzeldaten). Übersicht 1 zeigt, welche Daten den Kommunen Baden-Württembergs zum jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkt durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übermittelt werden können.

Untergemeindliche Ergebnisse für Kommunen ohne Statistikstelle

Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung (§ 16 BstatG) haben Gemeinden bzw. Gemeindeverbände ohne eigene Statistikstelle keinen gesetzlich begründeten Anspruch auf die Übermittlung von Zensusinformationen auf Einzeldatenbasis. Demgegenüber steht ein vielschichtiger Informationsbedarf zu infrastrukturellen, bevölkerungs- oder wohnungsmarktpolitischen Fragestellungen. Um diese Lücke zu schließen, ohne dabei die Vorschriften der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes zu verletzen, gibt es die Möglichkeit für Kommunen, untergemeindliche aggregierte Zensusergebnisse zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde federführend durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg ein standardisiertes untergemeindliches Auswertungsprogramm entwickelt.

Die Belieferung ist an verschiedene Rahmenbedingungen geknüpft. Zunächst differenziert das Auswertungsprogramm zwischen drei untergemeindlichen Gliederungsebenen. Jede dieser Gliederungsebenen ist innerhalb eines 8-stelligen Schlüssels eindeutig referenzierbar. Er entspricht

daher zwingend einer strukturellen wie auch inhaltlichen Systematik. In Abhängigkeit von der Gliederungsebene kann den Kommunen in der Folge ein spezifisches Auswertungsprogramm bereitgestellt werden. Übersicht 2 zeigt die Zusammenhänge zwischen Gliederungsebene, Schlüssel-systematik und Auswertungsprogramm. Die Gemeinden Baden-Württembergs wurden durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im September 2010 und im Juni 2012 über das Auswertungsprogramm informiert. Für rund 1 000 der baden-württembergischen Gemeinden wurden entsprechende Datenlieferungen mit kleinräumiger Gliederung, welche zur Erstellung des Programms erforderlich sind, durch die – von den Kommunen beauftragten – Kommunalen Rechenzentren übermittelt.

Das Auswertungsprogramm kann den Gemeinden Baden-Württembergs zeitnah zur Veröffentlichung der Ergebnisse zu Haushalts- und Familienstrukturen, im Frühjahr 2014, zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitstellung erfolgt kostenfrei. Darüber hinaus gehende Auswertungswünsche oder auch die Auswertung alternativer Gliederungssystematiken (zum Beispiel Schulbezirke) müssen als Sonderauswertung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg gegen Kostenerstattung angefordert werden.

Übersicht 1 **Grundinformationen zum Datenprogramm des Zensus 2011 für Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle**

Daten-bereitstellung geplant für	Umfang der Datenlieferung (nur an Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle) zum Zensus 2011
Frühjahr 2013	<p>Daten des Erhebungsteils Gebäude- und Wohnungszählung Vor Anonymisierung</p> <p>Einzelangaben auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> • inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ • inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen <p>Inklusive Anonymisierung (entsprechend § 16 BstatG)</p> <p>Auf Gemeindeebene aggregierte Informationen zu folgenden Auswertungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gebäude: <ul style="list-style-type: none"> Baujahr (diverse Jahresklassifizierungen), Art des Gebäudes, Eigentumsform des Gebäudes, Gebäudetyp-Bauweise, Gebäudetyp-Größe, Heizungsart und Zahl der Wohnungen im Gebäude • Wohnung: <ul style="list-style-type: none"> Art der Wohnungsnutzung, Ausstattung der Wohnung, Fläche der Wohnung und Zahl der Räume
Frühjahr 2014	<p>Datenbestand des Zensus 2011 zu Bevölkerung, Gebäuden und Wohnungen Vor Anonymisierung</p> <p>Einzelangaben auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> • inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ • inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen <p>Inklusive Anonymisierung (entsprechend § 16 BstatG)</p> <p>Einzelangaben auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> • inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ • inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen

¹ ZensG 2011: Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011.

² Gemäß § 6 Abs. 5 Bundesstatistikgesetz (BstatG) ist eine Datenübermittlung zulässig, insofern „...die Übermittlung in einem

eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser

Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.“

³ Unabhängig vom rechtlichen Anspruch auf Bereitstellung der ge-

nannten Hilfsmerkmale unterliegen auch diese der gesetzlichen Löschpflicht gemäß § 22 Abs. 2 ZensG 2011; die Hilfsmerkmale sind daher frühestmöglich, jedoch spätestens 2 Jahre nach Übermittlung, zu löschen.

Zahlreiche Publikationen runden das Gesamtergebnisportfolio des Zensus 2011 ab

Grundsätzlich bildet die Zensusdatenbank mit ihrem Online-Ergebnisangebot das Kernstück des Gesamtauswertungsprogramms. Dieses Angebot wird durch die Bereitstellung verschiedener Publikationen, beispielsweise in Form von Broschüren oder Flyern, ergänzt. Dies umfasst zum einen themenübergreifende Publikationen, welche die Leser in die Lage versetzen, sich komprimiert über das gesamte Spektrum der Ergebnisse des Zensus 2011 zu informieren. Zum anderen ermöglichen spezielle Themenpublikationen mit ersten Kurzanalysen und Interpretationen einen schnellen Einstieg in die einzelnen Themenbereiche des Zensus 2011. Diese Veröffentlichungen, die sich im Wesentlichen auf Ergebnisse für Bundesländer und Deutschland beziehen, können im Frühsommer 2013 unter www.zensus2011.de abgerufen werden.

Speziell für die baden-württembergischen Ergebnisse mit ihren regionalen Besonderheiten erarbeitet das Statistische Landesamt Baden-Württemberg ein inhaltlich ähnliches Veröffentlichungsportfolio. Dieses kann ab Juli 2013 unter www.statistik-bw.de/Zensus/Publikationen.asp kostenfrei abgerufen werden.

SAFE – das im Rahmen des Zensus 2011 eingesetzte Geheimhaltungsverfahren

Die Einzeldaten für die Zensusergebnisse stammen sowohl aus vorhandenen Verwaltungsregistern als auch aus direkten Befragungen. Anhand von Hilfsmerkmalen wie Name und Adresse führen die Statistischen Ämter die Informationen für jede Person zusammen. Nach dieser Zusammenführung haben die sensiblen Hilfsmerkmale ihre Funktion erfüllt und werden von den Erhebungsmerkmalen getrennt und gelöscht. Damit ist ein unmittelbarer Rückschluss auf eine einzelne Person (beispielsweise anhand des Namens) nicht mehr möglich.

Es muss aber darüber hinaus sichergestellt sein, dass nicht anhand einmaliger Merkmalskombinationen Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden können. Dies würde eine Aushebelung der Anonymisierung bedeuten und dem Schutz der Einzelangaben nach § 16 BStatG entgegenstehen.

Diesem Anspruch steht das breite Interesse an möglichst tiefgegliederten und detailgetreuen Ergebnissen gegenüber. Um beiden Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden, kommt beim Zensus 2011 das Anonymisierungsprogramm SAFE zum Einsatz: SAFE – ein Verfahren für die sichere Anonymisierung von Einzeldaten.

Es handelt sich dabei um ein datenveränderndes Verfahren, das von Mitarbeitern des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg entwickelt wurde. Die Idee besteht darin, einen Datenbestand zu erzeugen, in dem jeder Einzeldatensatz mit mindestens zwei weiteren Datensätzen identisch ist und dieser Datenbestand somit keine Rückschlüsse mehr auf eine einzelne Person zulässt. In den Ergebnistabellen werden aus Einzel- oder Zweierfällen entweder mindestens Dreier-Fälle erzeugt oder aber es erfolgt die Ausweisung einer Null.

Dies soll anhand eines Beispiels erläutert werden: In einem kleinen Ort lebt nur ein einziger 93-jähriger Mann. Würde dieser Einzelfall in einer Tabelle mit Altersbezug veröffentlicht, wäre der Mann vermutlich für viele Mitbürger dieser Gemeinde auch ohne Nennung seines Namens zu identifizieren. Im Zuge des Geheimhaltungsverfahrens wird bei zwei anderen Fällen (möglichst ebenfalls Einzelfälle) das Alter geändert. Zum Beispiel würde man bei einem 92-Jährigen und einem 94-Jährigen das Alter leicht nach oben beziehungsweise unten ändern, sodass in der Tabelle drei 93-jährige Männer, aber kein 94-Jähriger und kein 92-Jähriger enthalten sind. Alternativ könnte man auch das Alter des 93-jährigen Mannes ändern, sodass in der Tabelle kein 93-jähriger Mann auftaucht.

Durch die Datenveränderung erzeugt man bei sehr kleinen Fallzahlen zwar eine gewisse Unsicherheit, gleichzeitig bleibt aber die Qualität und statistische Aussagefähigkeit der Daten weitestgehend erhalten. Dies ist darin begründet, dass die Daten immer nur so verändert werden, dass wichtige statistische Informationen und Verteilungen nur unwesentlich geändert werden.

Die im Rahmen des Zensus 2011 ermittelten Einwohnerzahlen werden hingegen stets als originäre Werte ausgewiesen. Sie werden nicht mittels SAFE anonymisiert.

Quelle: www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Wie_wird_die_Anonymitaet_beim_Zensus_2011_gesichert.html?nn=3066446 [28. März 2013].

Übersicht 2

Grundinformationen zum Ergebnisprogramm für Kommunen ohne abgeschottete Statistikstelle

Gliederungsebene (Gliederungsschlüssel für Anschriftenzuordnung je Gliederungsebene)	Rahmenbedingungen für die Ergebnisbereitstellung	Auszug aus dem Auswertungsprogramm ¹ (auf Merkmalsebene)
Gemeindeteil (Stelle 1 – 4 des Gliederungsschlüssels)	Maximal bivariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude • Art des Gebäudes x Zahl der Wohnungen im Gebäude • Art des Gebäudes x Eigentumsform Wohnungen • Art des Gebäudes x Zahl der Räume • Art des Gebäudes x Fläche der Wohnung Haushalte/Familien • Typ des Haushalts x Haushaltsgröße • Typ der Familie x Familiengröße Personen • Geschlecht x Alter • Staatsangehörigkeit x Religion
(Bau-)Block (Stelle 5 – 7 des Gliederungsschlüssels)	Ausschließlich univariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude • Art des Gebäudes • Baujahr des Gebäudes Wohnungen • Art des Gebäudes • Art der Nutzung Haushalte/Familien • Typ des Haushalts/der Familie • Größe des Haushalts/der Familie Personen • Geschlecht • Alter
Blockseite (Stelle 8 des Gliederungsschlüssels)	Ausschließlich univariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude • Gesamtzahl der Gebäude Wohnungen • Gesamtzahl der Wohnungen Haushalte/Familien • Gesamtzahl der Haushalte/Familien Personen • Geschlecht • Alter

¹ Das vollständige Auswertungsprogramm kann beim jeweilig zuständigen Statistischen Landesamt erfragt werden.

Anmerkungen zu Abweichungen der Bevölkerungszahl des Zensus 2011 von den bisher ermittelten Einwohnerzahlen für das Land Berlin

Rechnerische Ermittlung des Bevölkerungsbestandes führt langfristig zu Abweichungen von der Realität

Jeder Kaufmann ist gemäß im Rahmen der ordnungsmäßigen Buchführung zum Schluss eines jeden Geschäftsjahres gesetzlich zur Inventur verpflichtet. Die

Zu- und Abgänge zwischen dem Aufnahmetag und dem Stichtag, auch die Bewegungen am Stichtag selbst, werden anhand von Belegen mengen- und wertmäßig fortgeschrieben (Quelle: Wikipedia).

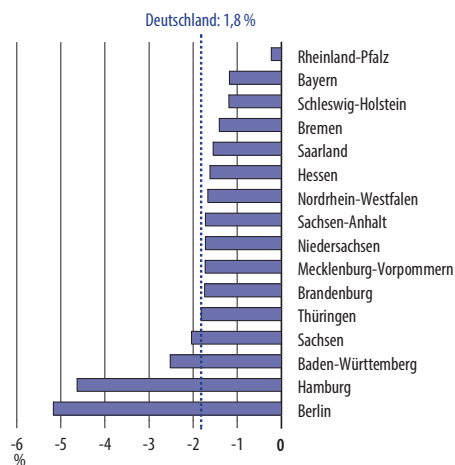
Eine „Bevölkerungsinventur“ hatte es in der Bundesrepublik Deutschland zuletzt im Jahr 1987, und zwar nur im damaligen Bundesgebiet, gegeben. Nach der Wiedervereinigung wurde für das Beitrittsgebiet anstelle eines Zensus der Bestand aus dem Zentralen Einwohnerregister der DDR zum Stichtag 3. Oktober 1990 übernommen.

Um die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung verfolgen zu können, wird in der Bevölkerungsstatistik der „Inventurbestand“ fortlaufend bis zur nächsten Bestandsaufnahme rechnerisch fortgeschrieben. Wie die laufende Berechnung der Bevölkerungszahl anhand der statistisch erfassten Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge (Fortreibungsmethode) funktioniert, ist in Abbildung 2 skizziert und wurde in dieser Zeitschrift schon mehrfach beschrieben [vgl. z.B. 2].

Etwa ein Vierteljahrhundert lang wurde der Bevölkerungsbestand in Deutschland auf diese Weise ermittelt. In Berlin sind allein in der Zeitspanne 1991 bis 2011 über 6 Mill. Bewegungen angefallen, die sich folgendermaßen aufteilen:

Bewegungsart	Fälle in 1 000
Geburten	631,4
Sterbefälle.....	738,0
Zuzüge.....	2 613,0
Fortzüge.....	2 438,8
Bewegungen insgesamt	6 421,2

Abb. 1 Abweichung der Zensusergebnisse von der Bevölkerungsfortschreibung in %



Im Verlauf einer derart großen Zeitspanne sind Fehlbuchungen unvermeidbar. Unstreitig dürfte sein, dass eine neuerliche Justierung des Bestandes durch einen Zensus dringend notwendig war.

Zunehmende Abweichung der zwei Datenquellen für Berliner Bevölkerungszahlen aufgetreten

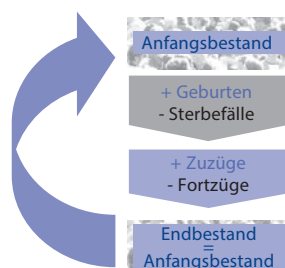
Vom Jahr 1973 an erhielt das Statistische Amt Berlin halbjährlich einen Statistikabzug aus dem Melderegister in anonymisierter Form, zunächst freilich nur für Berlin(West). Mit der Wiedervereinigung wurden auch die separat geführten Einwohnerregister beider Stadthälften zusammengebracht. Der große Vorzug des Statistikabzuges ist, dass damit auch unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung regional sehr tief gegliederte Ergebnisse ermittelt werden können, weil die kleinste regionale Einheit die Adresse ist. Die Bevölkerungsfortschreibung ermöglicht hingegen nur Auswertungen auf Ebene der Bezirke.

Ende des Jahres 1990, in dem es erstmals Daten für die gesamte Stadt gab, betrug die Abweichung zwischen der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl und dem im Einwohnerregister vorhandenen Bestand lediglich 570 Personen. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung wird die Diskrepanz jedoch immer größer: Ende 2011 ist die durch die amtliche Bevölkerungsfortschreibung ermittelte Zahl um knapp 75 Tsd. Personen größer als der Bestand des Melderegisters.

Die zunehmenden Abweichungen liegen hauptsächlich bei den deutschen Einwohnern. Ihre zahlenmäßige Entwicklung verläuft im Register und in

Punkt 11.00 Uhr am 31. Mai 2013 wurden in allen Bundesländern Deutschlands synchron die Ergebnisse des Zensus 2011 der Öffentlichkeit bekannt gegeben. In diesem Zuge eröffnete das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, dass das Land Berlin am Zensusstichtag 9. Mai 2011 eine Einwohnerzahl von 3 292 365 Personen hatte. Und dass dieses Ergebnis um 179 391 Personen bzw. 5,2 % niedriger ist, als nach der bisherigen amtlichen Bevölkerungsstatistik zum 30. April 2011 rechnerisch ermittelt worden war. Auch alle anderen Statistischen Ämter verkündeten jeweils für ihr Bundesland einen Bestand, der nach dem Zensus geringer war als in der Bevölkerungsstatistik bislang ausgewiesen. Berlin erfuhr dabei allerdings die relativ größte Niveauverschiebung. An zweiter Stelle lag mit etwa gleicher Größenordnung ein weiterer Stadtstaat: Hamburg (–4,6 %). Auch beim vorangegangenen Zensus, der Volkszählung 1987, die seinerzeit nur im alten Bundesgebiet und mithin auch nur in Berlin-West durchgeführt worden war, gab es deutliche Abweichungen gegenüber der damals berechneten Bevölkerungszahl. Die Abweichung betrug absolut knapp 132 000 Personen, relativ sogar 7,5 %. Nur mit dem großen Unterschied, dass es eine Abweichung mit positivem Vorzeichen war, die Zählung also eine höhere Einwohnerzahl als die Fortschreibung nachwies [1]. Dass die aktuelle Berliner Bevölkerungszahl, die mit der Bevölkerungsfortschreibung seit mehr als 20 Jahren fortlaufend berechnet worden ist, deutlich von der tatsächlichen Zahl abweichen dürfte, war Fachleuten schon seit langem klar. Die Erkenntnisse, die zu dieser Vermutung führten, werden in folgendem Beitrag dargelegt.

Abb. 2 Methode der Bevölkerungsfortschreibung



der Fortschreibung von 1992 bis 2012 zwar in etwa gleich, die Abstände zwischen den beiden Datenquellen werden aber immer größer (Abbildung 3a). Demgegenüber weichen die Ausländerzahlen nicht so deutlich voneinander ab (Abbildung 3b).

Die Beobachtung des stetigen Auseinanderlaufens beider Datenquellen führte dazu, dass im Jahr 1997 vom Amt für Statistik (damals Statistisches Landesamt Berlin) gemeinsam mit dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – LABO (damals Landeseinwohneramt) versucht wurde, Erklärungen für die Abweichungen der Bestände zu finden. Der beobachtete Anstieg der Differenzen legte nahe, dass es sich um Ereignisse mit kumulativen Effekten handeln müsse.

Es wurden seinerzeit alle Bewegungsarten in die Untersuchung einbezogen. Bei Geburten und Sterbefällen ist exemplarisch das Jahr 1998 herangezogen worden. Es konnte festgestellt werden, dass die Fallzahl im Register und in der Bevölkerungsstatistik von der Größenordnung her gut übereinstimmten. Zuzüge wurden nicht weiter untersucht, da die Daten aus derselben Quelle stammen.

Entscheidende Unterschiede zwischen dem Melderegister und der Bevölkerungsfortschreibung wurden bei den Fortzügen festgestellt:

Jahr	Bevölkerungsstatistik	Einwohnerregister	Differenz
1994 ...	62 668	64 200	– 1 532
1995 ...	69 310	72 457	– 3 147
1996 ...	76 076	77 774	– 1 698

In den untersuchten Jahren waren die Fortzüge des Melderegisters durchweg höher als die der Bevölkerungsfortschreibung. Dadurch, dass in der Fortschreibung weniger Personen „abgebucht“ werden, führt die Fortschreibung zu höheren Einwohnerzahlen als das Register. Um der Ursache, die dies hervorruft auf die Spur zu kommen, ist es unerlässlich, Details des Verfahrens der Wanderungsstatistik zu betrachten.

Überhöhter Bevölkerungsbestand in der Fortschreibung durch Nichtberücksichtigung von Abmeldungen von Amts wegen

In der Wanderungsstatistik werden bundesweit einheitlich bei den innerdeutschen Wanderungen nur die Zuzüge von der eigenen Meldebehörde an das Statistische Amt geliefert, nachdem sich die zugezogene Person bei der Meldebehörde angemeldet hat. Die Fortzüge werden hingegen durch das Bundes-

Tab. 1 Unterschiede zwischen der Bevölkerungszahl des Zensus 2011 und der Bevölkerungsfortschreibung

Bundesland	Zensus 09. 05. 2011	Bevölkerungs- fortschreibung zum 30. 04. 2011 ¹	Differenz (Zensus gegenüber Bevölkerungs- fortschreibung)	
			in 1000	in %
Deutschland	80 219,7	81 729,2	– 1 509,5	– 1,85
Baden-Württemberg	10 486,7	10 758,0	– 271,4	– 2,52
Bayern	12 397,6	12 545,9	– 148,3	– 1,18
Berlin	3 292,4	3 471,8	– 179,4	– 5,17
Brandenburg	2 455,8	2 499,3	– 43,5	– 1,74
Bremen	650,9	660,2	– 9,3	– 1,41
Hamburg	1 706,7	1 789,5	– 82,8	– 4,63
Hessen	5 971,8	6 070,4	– 98,6	– 1,62
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 610,0	1 638,3	– 28,4	– 1,73
Niedersachsen.....	7 778,0	7 914,5	– 136,5	– 1,72
Nordrhein-Westfalen.....	17 538,3	17 835,7	– 297,4	– 1,67
Rheinland-Pfalz.....	3 989,8	3 999,0	– 9,2	– 0,23
Saarland.....	999,6	1 015,3	– 15,7	– 1,55
Sachsen.....	4 056,8	4 141,2	– 84,4	– 2,04
Sachsen-Anhalt.....	2 287,0	2 327,1	– 40,0	– 1,72
Schleswig-Holstein.....	2 800,1	2 833,8	– 33,6	– 1,19
Thüringen.....	2 188,6	2 229,3	– 40,7	– 1,82

¹ Bevölkerungsfortschreibung zum 30. April 2011 auf der Grundlage der Volkszählung 1987; in den neuen Bundesländern einschl. Berlin-Ost war das zentrale Einwohnermelderegister der DDR, Stand Oktober 1990, Grundlage der Fortschreibung.

Quelle: Statistisches Bundesamt Zensus 2011 – ausgewählte Ergebnisse; Tabellenband zur Pressekonferenz am 31. Mai 2013 in Berlin

land der neuen Wohngemeinde geliefert, nachdem der aus der eigenen Gemeinde stammende Bürger sich dort angemeldet (Datenaustausch) und das dortige Statistische Amt diesen als eigenen Zuzug gebucht hat. Bei Wanderungsbewegungen über die Grenze der Bundesrepublik Deutschland werden von der eigenen Meldebehörde sowohl die Anmeldungen als auch – sofern erfolgt – die Abmeldungen von Bürgern übermittelt.

Darüber hinaus gibt es aber Vorgänge im Meldewesen, bei denen keine An- oder Abmeldung des Bürgers erfolgt ist. In § 3a Absatz 1 des Berliner Melderegengesetzes [3] heißt es: „Ist das Melderegister unrichtig oder unvollständig, hat es die Meldebehörde von Amts wegen zu berichtigen oder zu ergänzen (Fortschreibung)“. Und Absatz 2 lautet: „Liegen der Meldebehörde bezüglich einzelner oder einer Vielzahl namentlich bekannter Einwohner konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters vor, hat sie den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln“.

Stellt die Meldebehörde nun von sich aus einen Fortzug fest, erfolgt ggf. eine Abmeldung von Amts wegen durch die Meldebehörde, die anschließend auch an die Statistik gemeldet wird. Beim Fortzug einer ausländischen Person nach unbekannt wird unterstellt, dass sie in das Land ihrer Staatsangehörigkeit zurückgekehrt ist und statistisch ein entsprechender Fortzug gebucht. Beim Fortzug einer deutschen Person nach unbekannt wird vermutet, dass sich die Person zumeist noch in Deutschland befindet und sich irgendwann wieder anmeldet. Daher wird in der Statistik kein Fortzug gebucht [4].

Dieser unterbleibt deshalb, weil die Statistik die Information in diesem Fall als reguläre Anmeldung erhält und ein Fortzug aus der vorherigen Wohnge-

meinde ebenfalls erzeugt wird. Wäre die Abmeldung von Amts wegen wie ein Fortzug gebucht worden, hätte der zweite Vorgang zu einer doppelten Abbuchung geführt. Diese Vorgehensweise ist jedoch unumgänglich, weil die zugrunde liegende Rechtsgrundlage der Bevölkerungsstatistik die eindeutige Identifikation von Personen nicht zulässt. Somit kann einer Abmeldung nach unbekannt der später folgende tatsächliche Meldefall nicht mehr zugeordnet werden.

Von Amts wegen abgemeldete deutsche Personen dürften zwar zumeist irgendwann durch eine reguläre Anmeldung in der Statistik erscheinen, vermutlich aber eben nicht alle. Mit einer aufwändigen Untersuchung der Berichtsjahre 1994 bis 1996 wurde versucht, die Personen, die in Berlin von Amts wegen abgemeldet worden waren, an Hand verschiedener demografischer Merkmale in der Masse der regulä-

ren Fortzugsmeldungen zu ermitteln. Das Ergebnis ist in der folgenden Übersicht wiedergegeben:

Jahr	Fortzüge von Deutschen nach Unbekannt lt. Melderegister	Von diesen im Jahr ...			Nicht ermittelte Fälle
		1994	1995	1996 bis 1. Hj. 1997	
1994	17 551	7 132	4 684	1 380	4 355
1995	14 553	–	6 865	4 804	2 884
1996	15 114	–	–	10 589	4 525

Zwischen 80 % und 75 % der Fortzüge von Deutschen nach unbekannt werden im Verlauf der folgenden Jahre als „reguläre“ Fortzüge registriert. Der Rest, also 20 % bis 25 %, werden allerdings nicht erfasst und führen zu den o.g. kumulativen Effekten. Damit ist auch die Beschränkung der Abweichung hauptsächlich auf die deutschen Einwohner zu erklären. Über den Verbleib dieser Personen gibt es von Statistikseite keine Erkenntnisse.

Angesichts der Untersuchungsergebnisse wurde schon damals davon ausgegangen, dass die Bevölkerungsfortschreibung eine zu hohe Einwohnerzahl für Berlin ausweist.

Registerbestand ebenfalls überhöht

Die Meldebehörde ist gesetzlich verpflichtet, wie oben erwähnt, „Sachverhalte von Amts wegen zu ermitteln“. Somit kann man davon ausgehen, dass jede Abmeldung von Amts wegen einen realen Hintergrund hat. Deshalb wurde daraus der Schluss gezogen, dass die Einwohnerzahlen des Melderegisters realitätsnahe sind.

Auch die Berliner Verwaltungen haben für ihre Planungen eher auf die Registerzahlen als auf die Ergebnisse der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zurückgegriffen.

Nun haben die Ergebnisse des Zensus 2011 aber gezeigt, dass auch der Bestand des Melderegisters offenbar deutlich überhöht ist (Abbildung 4).

Das Verfahren, wie der Zensus 2011 durchgeführt worden ist, wurde in dieser Zeitschrift und an anderen Stellen schon eingehend dargestellt [5]. Hier sei nur soviel gesagt, dass Abzüge des Melderegisters auch die Ausgangsbasis des Zensus waren. Der Ausgangsbestand wurde dann unter anderem durch Haushaltsbefragungen auf Stichprobenbasis um Übererfassungen („Karteileichen“) und Untererfassungen (Fehlbestände) korrigiert. Die saldierten Korrekturen reduzierten den Ausgangsbestand aus dem Melderegister (3 419,0 Tsd. Personen) um 126,6 Tsd. Personen.

Abb. 3 Bevölkerung nach dem Einwohnerregister und der Bevölkerungsfortschreibung 1992 bis 2011

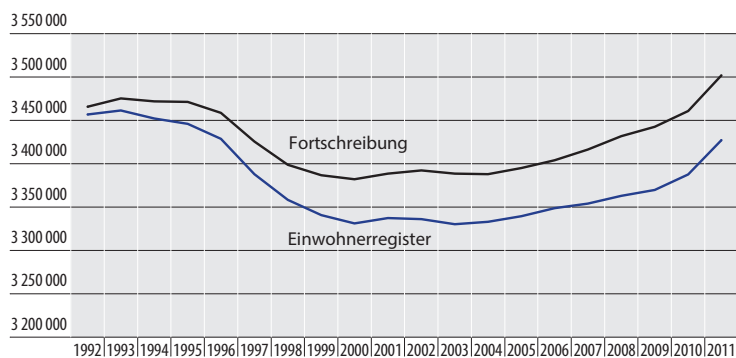


Abb. 3a Deutsche Bevölkerung nach dem Einwohnerregister und der Bevölkerungsfortschreibung 1992 bis 2011

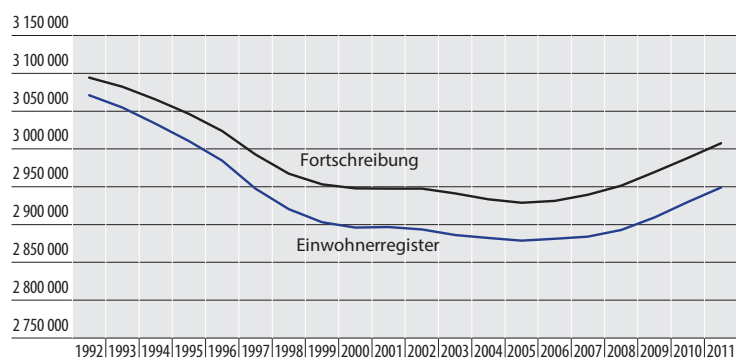


Abb. 3b Ausländische Bevölkerung nach dem Einwohnerregister und der Bevölkerungsfortschreibung 1992 bis 2011

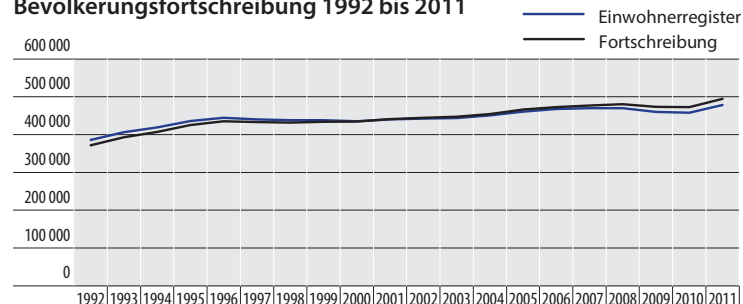
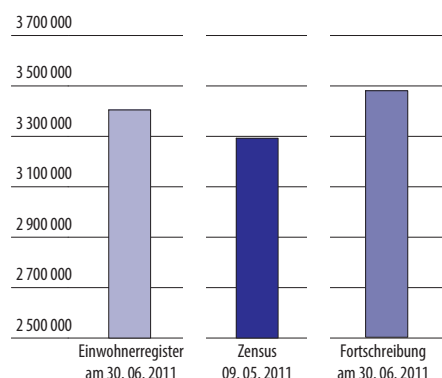


Abb. 4 **Bevölkerungszahl des Zensus 2011 im Vergleich mit der Bevölkerungsfortschreibung und dem Einwohnerregister**



In der folgenden Übersicht sind der Bestand aus dem Einwohnerregister zum 30.06.2011, dem am nächsten am Zensusstichtag 9. Mai 2011 terminierte Statistikabzug Registerbestand und Zensusergebnisse gegenübergestellt:

Merkmal	Zensus 09.05.2011	Einwohner- register 30.06.2011	Differenz Einwohner- register Zensus	Gesamt- diffe- renz	
		in 1 000		%	
Insgesamt.....	3 292,4	3 404,4	112,0	3,3	100
Deutsche.....	2 920,1	2 938,3	18,2	0,6	16,3
Ausländer/in	372,3	466,1	93,8	20,1	83,7

Der Bestand aus dem Einwohnerregister weicht von der durch den Zensus ermittelten Bevölkerungszahl um rund 112 000 Personen ab. Die Übererfassung des Registers entspricht somit einer prozentualen Abweichung von über 3 %. Wie die Übersicht auch zeigt, entfielen mehr als 80 % der Gesamtdifferenz auf die Einwohnergruppe ohne deutschen Pass.

Die Zahl der Deutschen differiert zwischen Zensus und Register lediglich um 18 000 Personen (0,6 % Überbestand), während die melderechtlich registrierte Ausländerpopulation im Einwohnerregister um 94 000 Personen deutlich zu hoch angegeben wird.

Demzufolge wird klar, dass die deutsche Bevölkerung im Einwohnerregister zahlenmäßig sehr genau wiedergegeben wird. Freilich handelt es sich auch bei dieser Größe um einen Saldo aus einer unbekannten Über- und Untererfassung, und über die kleinräumige Verteilung lassen sich bis zum Vorliegen des vollständigen Zensusergebnisses keine Aussagen treffen.

Als ebenfalls wichtiges Ergebnis ist abzuleiten, dass die Zahl ausländischer Berliner im Einwohnerregister sehr ungenau abgebildet wird.

Eine wichtige Ursache hierfür dürfte im Meldeverhalten begründet sein. Bei Fortzügen in das Ausland unterbleibt häufig die Abmeldung der Betroffenen. Und – im Unterschied zu Umzügen innerhalb Deutschlands – gibt es kein die Ländergrenzen übergreifendes Meldesystem der Behörden untereinander, das An- und Abmeldungen abgleicht.

Fazit und Ausblick

Mit der Veröffentlichung der Zensuszahlen wurde deutlich, dass die bisherigen Quellen für Bevölkerungszahlen, die amtliche Bevölkerungsfortschreibung und das Melderegister, jeweils überhöhte Bestände ausgewiesen haben.

Die amtliche Bevölkerungsfortschreibung erhält zwar mit den Zensuszahlen ein neues Ausgangsniveau. Es ist aber absehbar, dass der Fortschreibungsbestand schon bald wieder überhöht sein wird, da die Abmeldungen von Amts wegen deutscher Personen, die wie – oben beschrieben – die Hauptursache für die Überhöhung sind, aus den genannten Gründen auch künftig nicht berücksichtigt werden können. In der jüngeren Vergangenheit bewegte sich die entsprechende Zahl zwischen 10 000 Fällen und 12 000 Fällen pro Jahr. Maßnahmen, wie sie 1997 in der geschilderten Untersuchung ergriffen worden waren, lassen sich nicht regelmäßig durchführen. Sie sind äußerst aufwändig und ermöglichen auch nur Schätzungen.

Auch die Erwartung, dass der Einwohnerbestand vom Statistikabzug des Melderegisters realitätsnah ist, hat sich mit den Zensusergebnissen nicht erfüllt. Allerdings ist hier der Unterschied bei den ausländischen Personen besonders gravierend.

Am 1. Januar 2014 tritt ein neues Bevölkerungsgesetz in Kraft [6]. Mit dieser Rechtsgrundlage sind für die einzelnen Statistiken im Geltungsbereich dieses Gesetzes keine Angaben von Adressen mehr zulässig. Dies bedeutet, dass für Berlin eine Ergebnisdarstellung auf regionaler Ebene nicht mehr möglich sein wird. Also: weder Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge noch die Bevölkerungszahl lassen sich auf Bezirksebene ausweisen. Da für Planungsaufgaben demografische Kennziffern auf regional tiefer Ebene unabdingbar sind, gibt es ab 2014 nur die Möglichkeit, für statistische Zwecke Informationen aus dem Melderegister noch intensiver als bisher auszuschöpfen. Das Melderegister wird dann die einzige Quelle für differenzierte Daten sein. Voraussetzungen für zuverlässige statistische Informationen ist allerdings, dass die Qualität der Melderegisterdaten deutlich verbessert wird.

Autor: Jürgen Paffhausen

Quellennachweis

- [1] Berliner Statistik - Statistischer Bericht A 11 / A 12 - m 6/87, ausgegeben im April 1988 und Berliner Statistik - Statistischer Bericht A 11 / A 12 - m 6/87 (Basis VZ 87), ausgegeben im Oktober 1989.
- [2] Jürgen Paffhausen: Die Notwendigkeit einer Volkszählung zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen - Eine Betrachtung aus Sicht der Berliner Demografieberichterstatter; „Statistik Berlin Brandenburg – Zeitschrift für amtliche Statistik“, Heft 4/2011, S. 28 ff.
- [3] Gesetz über das Meldewesen in Berlin (Meldegesezt) vom 26. Februar 1985 (GVBl. S. 507), zuletzt geändert durch Art. V des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Vorschriften vom 25. Januar 2010 (GVBl. S. 22).
- [4] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Qualitätsbericht Wanderungsstatistik; erschienen im September 2008.
- [5] Redaktion Zensus: Start Zensus 2011 – die moderne Volkszählung mit Stichtag 9. Mai 2011; „Statistik Berlin Brandenburg – Zeitschrift für amtliche Statistik“, Heft 2/2011, S. 22 ff.
- [6] Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsgesetz – BevStatG) vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 826).

Ökosystemdienstleistungen in Berlin: Klimaregulations- und Erholungsfunktion auf städtischer Ebene

Einleitung

Menschen sind auf unterschiedliche Art eng mit ihrer natürlichen Welt verbunden. Unsere Existenz und Gesundheit hängt direkt mit dem Funktionieren von Ökosystemen in der Natur zusammen, denn die Leistungen von Ökosystemen bilden die Grundlage

Das Konzept der Ökosystemdienstleistungen ist durch das Millennium Ecosystem Assessment (MA 2005) der Vereinten Nationen in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Ökosystemdienstleistungen beschreiben den Nutzen, den der Mensch durch verschiedene Leistungen der Natur hat. Dazu gehören unter anderem Versorgungsfunktionen (z. B. mit Wasser, Holz, Nahrung) und Regulationsfunktionen (z. B. Klimaregulation, Hochwasserretention), aber auch kulturelle Funktionen wie Erholung und Bildung. Die hier vorgestellte Studie stellt die Quantifizierung ausgewählter regulierender und kultureller Ökosystemdienstleistungen für die Stadt Berlin auf der Basis von Feldstudien und Modellrechnungen vor. Indikatoren wie Kohlenstoff-Speicherung, Verdunstung oder Grünflächenreichbarkeit werden dabei für die Berechnung der Klimaregulations- und Erholungsfunktion verwendet.

für menschliches Wohlbefinden und Wirtschaften. Dieser Wert von Ökosystemen wird jedoch oft nicht erkannt, weil deren Leistungen scheinbar unbegrenzt kostenlos zur Verfügung stehen. Das hat zur Folge, dass diese Leistungen trotz rechtlicher Bindungen an den Naturschutz in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend berücksichtigt werden (Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2012). Die hier erwähnten Leistungen der Natur werden Ökosystemdienstleistungen genannt. Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung von sauberer Luft, Wasserfilterung, Bodenproduktivität zur Produktion von Nahrung oder auch Klimaregulation.

Das Konzept der Ökosystemdienstleistungen ist durch das Millennium Ecosystem Assessment (MA 2005) der Vereinten Nationen – einer weltweiten Studie über Zustand und Entwicklung der Ökosysteme auf der Erde – in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Ökosystemdienstleistungen beschreiben den direkten oder indirekten Nutzen, den der Mensch durch unter-

schiedliche Leistungen der Natur hat. Vier Gruppen werden unterschieden: unterstützende, versorgende, regulierende und kulturelle Leistungen. Die unterstützenden Leistungen beschreiben Prozesse der Bodenbildung, Photosynthese und des Nährstoffkreislaufes und sind somit gleichzeitig Grundvoraussetzung für andere Ökosystemdienstleistungen. Zu den versorgenden Leistungen zählen die von Ökosystemen oder mit deren Hilfe hergestellten Güter, wie Nahrung, Süßwasser oder Holz. Die kulturellen Leistungen umfassen insbesondere Funktionen

von Grünflächen. Diese stellen einen Raum zur physischen und mentalen Erholung dar, bieten ästhetische Naturerfahrung und vermitteln Heimatgefühl, aber auch Wissen über Umwelt und Kultur. Regulierungsleistungen haben für den Menschen eher einen indirekten Nutzen, indem sie auf bestimmte Bereiche und Prozesse von Ökosystemen einwirken. Dazu gehören die Abmilderung von Hochwassergefahren durch Wasserrückhaltepotenzial von z.B. Auen, die Filterwirkung von Böden für die Qualität des Grundwassers oder auch die Minderung von Luftschadstoffen durch Bäume und Grünflächen in urbanen Gebieten (Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2012; TEEB 2010).

Das zuletzt genannte Beispiel für Regulierungsleistungen städtischer Grünflächen zeigt, wie wichtig die Funktionen von Ökosystemen für die Menschen und deren Gesundheit in Städten sind. Ökosysteme tragen durch ihr Temperaturreduktionspotenzial und die Bereitstellung von Überschwemmungsflächen zur Anpassung an den Klimawandel bei und fördern damit eine gesündere und nachhaltigere Umwelt für die Stadtbevölkerung. Urbane Ökosysteme sind mit großen Herausforderungen konfrontiert, mit denen Städte heute und zukünftig umgehen müssen. So lebt seit 2008 mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten und dieser Anteil wird sich insbesondere durch die rasante Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern bis 2050 auf 80 % erhöhen (UN 2012). Das zunehmende Bevölkerungswachstum in Städten geht mit der Umwandlung von unbebauten Flächen in Wohn- bzw. Siedlungsfläche einher und bewirkt damit eine Verminderung von Ökosystemdienstleistungen. Zudem sind viele Städte an Küsten gelegen und daher besonders anfällig für Auswirkungen des Klimawandels, z.B. durch Sturmfluten. Diese Städte sind in besonderem Maße abhängig von funktionierenden Küstenökosystemen.

Alle urbanen Aktivitäten sind auf eine bestimmte Art auf Ökosysteme und ihre Funktionen angewiesen – Bautätigkeit braucht Boden als Untergrund, Stadtbewohner brauchen Trinkwasser, Freizeitaktivitäten verlangen nach einer grünen Umgebung und frischer, sauberer Luft. Jedoch wirken urbane Aktivitäten gleichermaßen belastend auf Ökosysteme, die genau diese Funktionen bieten. Obwohl mehr als 50 % der Weltbevölkerung auf einer Fläche von 3 % leben (Angel et al. 2010), ist der zu ihrer Bedarfsdeckung nötige Naturraum – ökologischer Fußabdruck genannt – um ein vielfaches größer. So ist die Ressourcenbelastung durch die Städte im Vergleich

Tab. 1 **Verwendete Indikatoren, Berechnungsmethode und Referenz**

Ökosystemdienstleistung	Indikator	Berechnungsmethode	Referenz / Datengrundlage
Luftreinhaltefunktion	Kohlenstoffspeichervermögen	CO ₂ -Aufnahme- und Speichervermögen von Pflanzen – empirische Studienwerte bezogen auf Landnutzung	CLC 2006, Strohbach und Haase (2012)
Klimaregulationsfunktion	f-Evapotranspiration (Verdunstung)	Transpirations- und Evaporationswerte – empirische Studienwerte bezogen auf bewachsene und unbewachsene Landnutzung – standardisiert über 12 cm hohem Gras, max. Wert 1,4	CLC 2006, Schwarz et al. (2011)
	Kühlungspotenzial	Kühlungspotenzial von Baumschatten – empirische Studienwerte	Bowler et al. (2010), Breuste et al. (2013), Urban Atlas 2006
	Versiegelungsgrad	Anteil des mit undurchlässigen Materials bedecktem Bodens an der jeweiligen Landbedeckung	CLC 2006, Haase und Nussli (2010)
Erholungsfunktion	Erreichbarkeit von Grünflächen	Pufferanalyse mit ArcGIS10.0	Handley et al. (2003) Einwohner auf Blockebene 2011 (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg)

zu ihrem Anteil an der Bevölkerung viel größer. Die OECD nimmt an, dass 70 % der Treibhausgasemissionen und 67 % des Gesamtenergieverbrauchs auf anthropogene Aktivitäten in Städten zurückzuführen sind (OECD/IEA 2008).

Insbesondere Entscheidungsträger in Stadt- und Raumplanung müssen erkennen, wie Ökosystemfunktionen wirken, um das Wohlergehen ihrer Bewohner zu erhalten und zu verbessern. Dazu muss die Beziehung zwischen einer Stadt und ihren Ökosystemen analysiert und bewertet werden. Derartige Einschätzungen können mit unterschiedlichen Methoden und Indikatoren gemacht werden. Beispielsweise kann die Bedeutung der städtischen Ökosysteme für die Bewohner durch den Anteil an Grünflächen und den dadurch bereitgestellten regulierenden und kulturellen Ökosystemdienstleistungen berechnet werden. Zu den besonders wichtigen Grünflächen in diesem Sinne gehören Parks, Friedhöfe, Gewässer, Kleingärten, aber auch Dach- und Fassadenbegrünung sowie Haus- und Industriebrachen.

Im Folgenden wird eine Studie vorgestellt, die den Wert durch typische urbane Landnutzungen bereitgestellter, regulierender und kultureller Ökosystemdienstleistungen für die Bewohner der Stadt Berlin ermittelt und somit einen Beitrag zur Einschätzung der Mensch-Umwelt Beziehung in Städten im Allgemeinen und in Berlin im Besonderen leistet.

Methoden

Im Zentrum der Analyse steht die Berechnung und Visualisierung der Luftreinhaltung und Klimaregulation im Rahmen der regulierenden Ökosystemdienstleistungen sowie die Erholungsfunktion. Als Indikatoren für die Luftreinhaltung und Klimaregulation werden das Kohlenstoffspeichervermögen, die Verdunstungsleistung, der Versiegelungsgrad und das Kühlungspotenzial durch Baumkronen dargestellt. Die potenzielle Erreichbarkeit von Grünflächen dient als Indikator für die Erholungsfunktion.

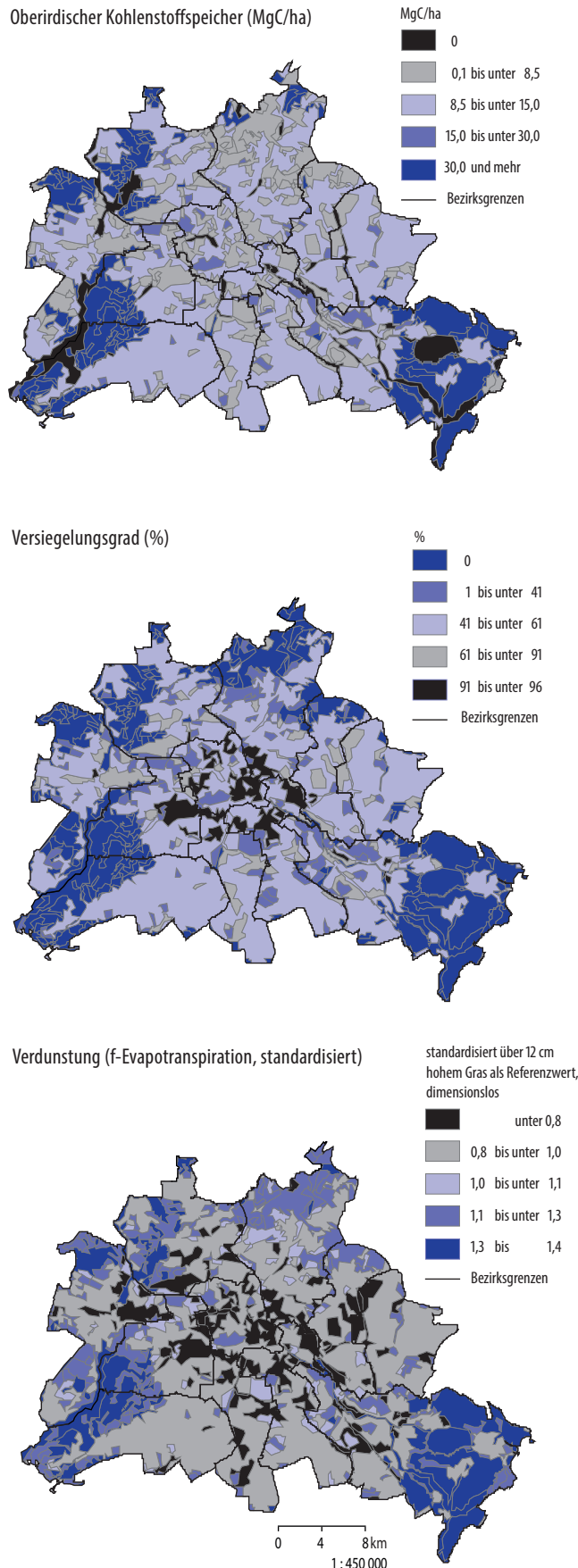
Landbedeckungsdaten aus dem CORINE Landcover Projekt (2006) sowie aus dem Urban Atlas (EEA 2010) der Europäische Umweltbehörde (EEA) werden als Datengrundlage zur Berechnung der Indikatoren verwendet. CORINE Landcover 2006 und Urban Atlas liefern Landbedeckungsdaten jeweils für ganz Eu-

ropa (CORINE) bzw. gegenwärtig 310 Städte (Urban Atlas) für das Referenzjahr 2006. CORINE (räumliche Auflösung 1:100 000) wird für die Berechnung der Indikatoren Kohlenstoffspeichervermögen, Verdunstung und Versiegelungsgrad verwendet. Mit diesen Daten wird außerdem eine Gradientenberechnung durchgeführt. Der Gradientenansatz wird verwendet, um zu zeigen, wie sich unterschiedliche Landnutzungsstrukturen im Raum auf die Werte der einzelnen Ökosystemdienstleistungen auswirken. Dazu wurden im Geoinformationssystem um das Stadtzentrum – als Zentroid der beiden zentralsten Berliner Ortsteile – ein konzentrischer 30 km-Puffer in 1 km Abständen gelegt. Der Urban Atlas Datensatz, der eine höhere Auflösung besitzt (1:10 000), stellt die Basis für die Berechnung des Kühlungspotenzials und für der Erholungsfunktion dar. Aus dem Urban Atlas Datensatz wurden alle Grünflächen mit einer Mindestgröße von 2 ha extrahiert. Außerdem konnte ein Blockdatensatz des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg genutzt werden, welcher Einwohnerdaten auf Blockebene für 2011 enthält. Angezeigt werden alle Hausblöcke mit dazugehörigen Bevölkerungsdaten. Tabelle 1 zeigt die zu berechnenden Indikatoren und die jeweils verwendete Methode.

Die Verbesserung der Luftqualität bzw. die Luftreinhaltefunktion wird in Städten durch Stadtbäume bzw. durch unterschiedliche Pflanzen in Grünanlagen bereitgestellt. Diese filtern Schadstoffe aus der Luft und verringern dadurch die Feinstaubkonzentration (Buccolieri u.a. 2011; Bruse 2007). Zur Darstellung des hier verwendeten Indikators des potenziellen Kohlenstoffspeichervermögens von Pflanzen werden Erfahrungswerte aus anderen Studien den Landnutzungsdaten zugeteilt (Strohbach und Haase 2012).

Insbesondere in größeren, kompakten Städten tritt der Effekt der lokalen „Hitzeinsel“ auf. Das beschreibt die durch dichte Versiegelung, geringere Grünflächenanteile und mangelndem Luftaustausch verursachte erhöhte Durchschnittstemperatur in der Stadt im Vergleich zum Umland. Pflanzen auf städtischen Grünflächen wirken über Verdunstungsprozesse temperatursenkend, ebenso wie offene, unversiegelte Böden und Wasserflächen. Bäume kühlen die nähere Umgebung durch Schattenwurf. Die hier

Abb. 1 Ökosystemdienstleistungsindikatoren in Berlin
(in den Stadtgrenzen)



beschriebenen Prozesse werden durch die verwendeten Indikatoren Verdunstung, Versiegelungsgrad und Kühlungspotenzial ebenfalls auf Basis empirischer Werte dargestellt. Die jeweils genutzten Studien sowie die verwendeten Datensätze werden in Tabelle 1 aufgeführt.

Die Erholungsfunktion als Beispiel für eine kulturelle Ökosystemdienstleistung wird über den Indikator der Erreichbarkeit von Grünflächen berechnet. Die Erreichbarkeit wird dargestellt als der Anteil der Einwohner in einem Planungsraum, die in einer Distanz von unter oder gleich 300 m zu einer Grünfläche mit einer Fläche von mindestens 2 ha wohnen. Die dabei verwendeten Werte von 2 ha Grünfläche in einer Distanz von 300 m ist ein Wert, der z. B. bei Raumplanungen in England angewandt und häufig zitiert wird (Handley 2003). Berlin selbst teilt alle Grünflächen nach ihrer Größe und Funktion in wohnungsnahe und siedlungsnahe Freiräume ein. Insgesamt soll als Richtwert pro Person 6 m² Grünfläche zur Verfügung stehen. Für die Erholungsfunktion werden die anteiligen Werte auf der für Berlin relativ neuen Gliederungsebene der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) dargestellt, die als statistische Flächen seit 2006 ausgewiesen werden. Die LOR bilden die räumliche Grundlage für Planung, Prognose und Beobachtung demografischer sozialer Entwicklungen (Klimeczek 2011). Sie sind in drei Ebenen untergliedert: 60 Prognoseräume, 138 Bezirksregionen und 447 Planungsräume. In der hier vorgestellten Analyse wird die hochaufgelöste Ebene der Planungsräume verwendet. Zur Verdeutlichung der Verteilung der Werte der einzelnen Indikatoren über die Stadtfläche wurden Karten im Geoinformationssystem ArcMap (Version 10.0) erstellt.

Ergebnisse

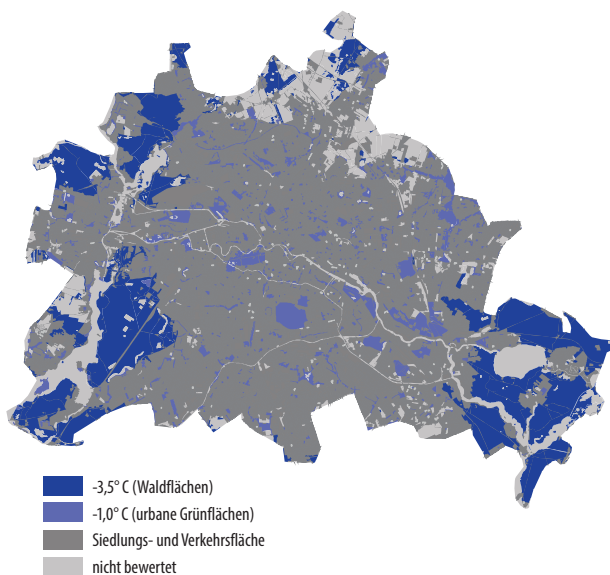
Die Innenstadt Berlins ist charakterisiert durch hohe Versiegelungsgrade. Wohn-, Verkehrs- und Gewerbeflächen tragen zu einem Versiegelungsgrad von bis zu 95 % bei. Die höchsten Werte sind ca. 2 km um das Stadtzentrum herum festzustellen (Abbildung 1, siehe auch 4. Umschlagseite). In den Außenbereichen nahe der Stadtgrenze sinken die Versiegelungswerte aufgrund der hohen Wald- und Offenlandbereiche gegen null. Die Verdunstungswerte sind in diesen äußeren Bereichen viel höher. Verdunstung, auch Evapotranspiration genannt, ist die Summe aus der Transpiration von Pflanzen und der Evaporation bzw. Verdunstung von unbewachsenen Oberflächen und Wasser. Der Einfluss von bewachsenen Flächen insbesondere der Wälder auf die Indikatoren der Ökosystemdienstleistungen wird durch die Karte des Kohlenstoffspeicherpotenzials deutlich (Abbildung 1). Kohlenstoff wird in Pflanzen, dabei vor allem in Bäumen gespeichert. Die Werte sind aus diesem Grund in den Berliner Waldgebieten am höchsten. Es zeigen sich aber auch kleinteilige, innerstädtische Unterschiede. Der größte Park in Berlin, der Tiergarten, wird mit seiner 200 ha Größe deutlich in den Karten abgebildet. Er hat durch seine heterogene Struktur mit großflächigen Baumanteilen ein größeres Kohlenstoffspeichervermögen von bis zu 30 MgC/ha als seine Umgebung und entsprechend auch eine höhere Verdunstung. Das Tempelhofer Feld mit sehr

geringen Baumanteilen hat hingegen ein sehr geringes Kohlenstoffspeicherungspotenzial (unter 10 MgC/ha), während der angrenzende Volkspark Hasenheide durch hohen Baumanteil Werte ähnlich des Tiergartens aufweist. Insgesamt zeigen die Karten in Abbildung 1, dass die Regulierungsleistung der Berliner Ökosysteme deutlich verstärkt im Nordwesten der Stadt, im östlichen Teil und auf Parkarealen in kleineren Bereichen der Innenstadt ausgeprägt ist. Direkt im Stadtzentrum jedoch sind die Ökosystemdienstleistungen aufgrund hoher Bodenversiegelung und geringem Grünflächen- und Offenlandanteil in viel geringerem Maße festzustellen.

Ein deutliches Kühlungspotenzial, hier bewertet mit dem Baumbeschattungspotenzial, zeigt sich in den urbanen Waldgebieten in den Außen- bzw. Randbereichen Berlins (Abbildung 2, siehe auch Titelgrafik). Hier sind geringere Durchschnittstemperaturen um bis zu 3,5° C Unterschied zum unbeschatteten Stadtgebiet feststellbar. Ein Kühlungspotenzial lässt sich aber auch innerhalb der Stadt auf urbanen Grünflächen bzw. Parks erkennen. Sehr deutlich zeigt sich dies beispielsweise im Tiergarten oder auch im Britzer Garten. Wasserflächen besitzen ebenfalls Kühlungspotenzial, wurden aber hier nicht bewertet. Interessanterweise zeigt Abbildung 2 auch, dass die räumliche Verteilung von Wasser- und Grünflächen nicht unbedingt miteinander einhergeht. Vor allem die Fließgewässer befinden sich nicht unmittelbar in der Nähe größerer Grünflächen. Die Berliner Stadtplanung versucht mit dem Konzept der Grünen Hauptwege ein zusammenhängendes Netz urbaner Grünflächen zu erreichen. Dieses könnte durch eine verstärkte Orientierung an den vorhandenen Wasserstrukturen noch weiter qualifiziert werden.

In Betrachtung der Indikatorenwerte für zentrale, innerstädtische Gebiete lässt sich im Vergleich zu den weiter vom Stadtzentrum entfernten Gebieten für Berlin ein deutlicher urban-ruraler Gradient feststellen. Mit zunehmender Distanz vom Stadtzentrum nehmen beispielsweise die Indikatoren Kohlenstoffspeicherung und Verdunstung stetig zu, am deutlichsten aber das Kühlungspotenzial. Diese Entwicklung lässt sich mit den bereits genannten hohen Waldanteilen in den Außenbereichen erklären. Abbildung 3 zeigt den urban-ruralen Gradienten mit standardisierten Werten, um eine Vergleichbarkeit

Abb. 2 Das Kühlungspotenzial unterschiedlicher Landbedeckungen/Landnutzungen dargestellt als Temperaturunterschied gegenüber unbeschatteter Stadtfläche



der einzelnen Indikatoren zu ermöglichen. Obwohl die Kohlenstoffspeicherung und die Verdunstung mit zunehmender Entfernung vom Stadtzentrum ansteigen, nimmt die Versiegelungsrate ab. Diese verringert sich dabei nicht stetig linear, sondern fällt vor allem auf den ersten 10 km steil ab, um dann flacher und gleichmäßiger abzunehmen. Aufgrund dieser Abnahmen bzw. Zunahmen der Werte wird die Kompaktheit der inneren Stadt deutlich. Berlin ist eine innen sehr dicht bebaute Stadt, die Innenentwicklung gegenüber Außenentwicklung bevorzugt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2011), aber gleichzeitig durch große Freiflächen auch im Innenstadtbereich geprägt ist.

Abbildung 4 zeigt ein Spinnennetzdiagramm, das die standardisierten Durchschnittswerte für Gesamtberlin im Vergleich verdeutlicht. Die Verdunstung erreicht den höchsten Wert. Das kann damit zusammenhängen, dass in die Berechnung der Verdunstung auch die Verdunstung von unversiegeltem Boden und Wasser enthalten ist und zur Transpiration der Pflanzen aufsummiert wird.

Abb. 3 Vergleich der Ökosystemdienstleistungen für Gesamtberlin über einen Stadt-Land-Gradienten (standardisierte Werte)

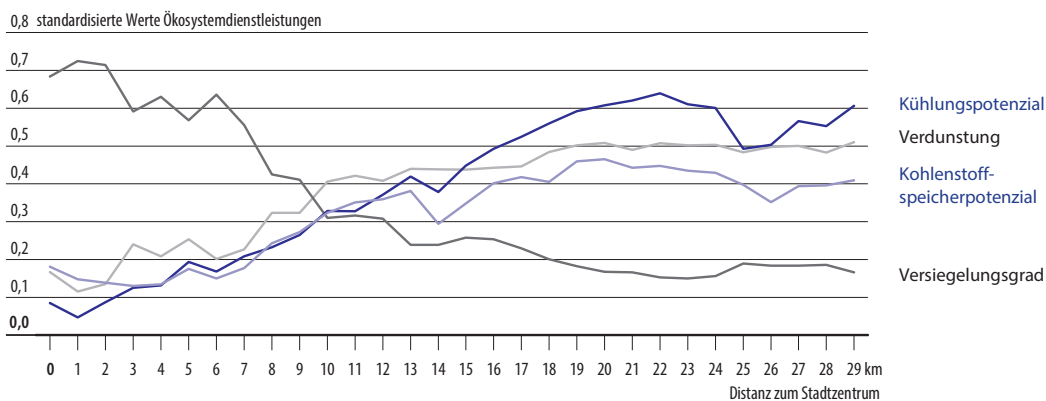


Abb. 4 Spinnennetz der standardisierten Werte der Ökosystemdienstleistungen

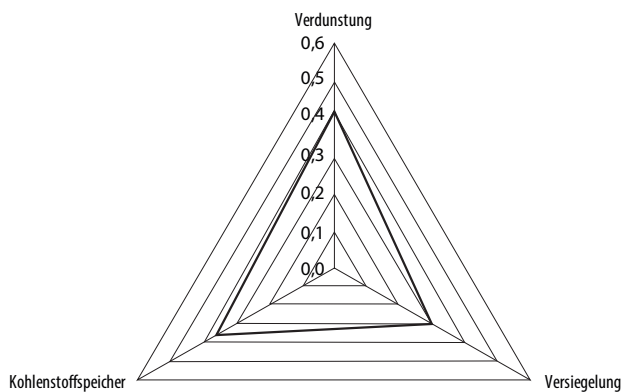
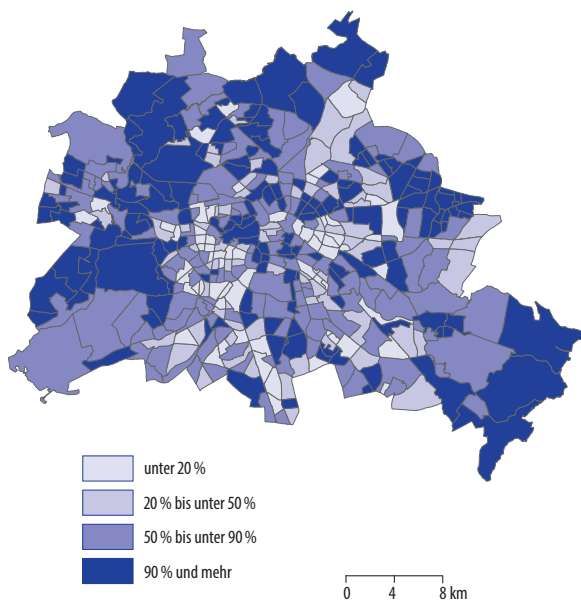


Abb. 5 Einwohneranteil in % mit Zugang zu öffentlichen Grünflächen (mind. 2 ha) in einer Entfernung von 300 m auf LOR Ebene (Planungsräume)



Die Ergebnisse der Berechnung zur Erholungsfunktion von Grünflächen über 2 ha verdeutlichen die gute Versorgung der Einwohner mit wohnungsnah gelegenen Grünflächen. Ein Großteil der Berliner wohnt in einer Entfernung von maximal 300 m zu einer Grünfläche dieser Größe (Abbildung 5, siehe auch 3. Umschlagseite). Der Anteil der Einwohner in den Planungsräumen ist vor allem in den Außenbereichen sehr hoch und übertrifft den oben genannten Richtwert bei weitem. Da die größte Einwohnerdichte in den innerstädtischen Gebieten festzustellen ist, finden sich hier Bereiche, in denen weniger als 20 % der Einwohner diese Fläche innerhalb eines Radius von 300 m um ihren Wohnblock erreichen können. In der Nähe von größeren Parks ist die Versorgung jedoch innerstädtisch sehr gut. Deutlich wird das beim Gebiet um den Tiergarten oder auch um den Britzer Garten.

Diskussion und Ausblick

Die hier vorgestellte Studie zeigt einen räumlich expliziten Überblick über die Klimaregulations- und Erholungsleistungen der Berliner Ökosysteme. Die Indikatoren Verdunstung, Kohlenstoffspeicherpotenzial und Versiegelung verdeutlichen, wieviel Einfluss vor allem städtische Grünflächen, darunter Parks, aber auch Stadtwälder und Stadtbäume, auf ökosystemrelevante Prozesse haben, die insbesondere für die Lebensqualität des Menschen wichtige Leistungen bereitstellen.

In den Außenbereichen Berlins nahe der Stadtgrenze sowie punktuell in den größeren urbanen Parks wie dem Tiergarten und dem Britzer Garten erreichen die Indikatoren der Ökosystemdienstleistungen höhere Werte als in den hochverdichteten und stark versiegelten Bereichen um das Stadtzentrum. Zudem wird dadurch ein urban-ruraler Gradient der Versorgung mit Ökosystemleistungen deutlich, der in zukünftigen Planungen mit einbezogen werden sollte. Im Vergleich zu anderen europäischen Städten mit ähnlicher Größe und Bevölkerungszahl wie Madrid, Wien, Warschau, Budapest oder Paris ist Berlin durch seine großen Park-, Wald- und Wasserflächen verhältnismäßig gut in der Lage, die lokale Bevölkerung mit wichtigen Ökosystemdienstleistungen, vor allem durch Grün- und Wasserflächen, zu versorgen. Nicht zu unterschätzen ist auch der ökologische Wert von Kleingärten und weniger dicht bebauten, begrünten Siedlungsgebieten der Stadt (Larondelle und Haase 2013).

Aufgrund der Tatsache, dass sich die urbanen Siedlungs- und Gewerbeflächen in europäischen Großstädten immer weiter ausdehnen und innerstädtische Brachen nur sehr verzögert revitalisiert werden, gleichgültig ob die Bevölkerungszahl in den Städten wächst oder schrumpft (Kabisch und Haase 2013), können die hier vorgestellten Ergebnisse als wichtige Argumente für eine einerseits kompakte und flächensparende, andererseits aber auch auf Durchgrünung bedachte Stadtplanung dienen:

1. Die Ergebnisse verdeutlichen, welche Ökosystemdienstleistungen in einer Großstadt wie Berlin überhaupt relevant sind und wo sie vorgefunden werden.
2. Die Ergebnisse zeigen die ökologische Bedeutung von Landnutzungen, denen man eine solche Bedeutung auf den ersten Blick nicht beimessen würde (wie zum Beispiel weniger dicht bebaute Siedlungsflächen und innerstädtische Brachflächen).
3. Die räumlichen Ausprägungen der Ökosystemdienstleistungen können mit Nachbarschaftsdaten verglichen und somit effektiv für künftige Infrastrukturplanungen genutzt werden.
4. Die Ergebnisse können als Basis für eine bessere Kommunikation von Planern, Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen sozial- wie naturwissenschaftlichen Disziplinen dienen und diese fördern, um damit auch Fragen zu Umweltgerechtigkeit besser zu begegnen.

An dieser Stelle soll auch auf mögliche Unsicherheiten der verwendeten Daten und Methoden eingegangen werden. Die hier verwendeten Landnutzungsdaten können kleinteilige, strukturelle Besonderheiten in der städtischen Landnutzung nicht

vollständig erfassen und somit auch nicht gänzlich bei der Berechnung der Ökosystemdienstleistungen berücksichtigt werden. Zudem werden Messwerte für die Berechnung der Indikatoren aus anderen vergleichbaren Studien verwandt und an die Berliner

Landnutzung bzw. bio-physikalischen Gegebenheiten angepasst. Die Effekte der großflächigen Wasserflächen auf das Kühlspotenzial sind hier nicht berücksichtigt worden, da dafür keine vergleichbaren Erfahrungswerte vorlagen.

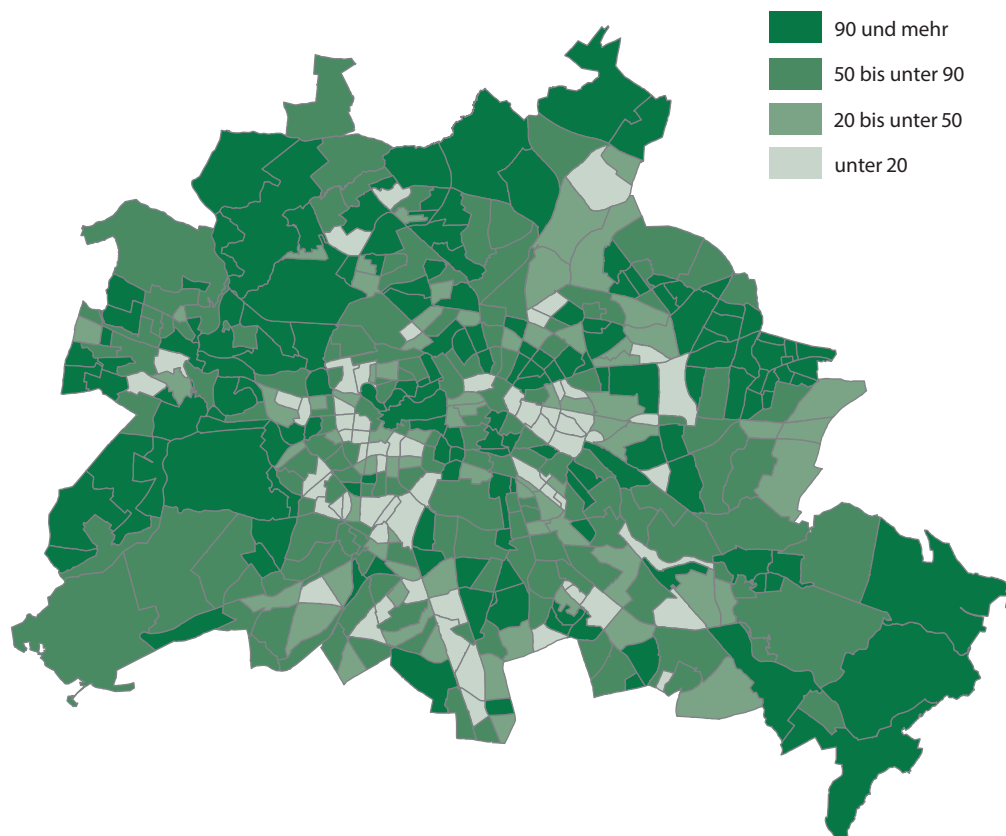
Autorinnen: *Nadja Kabisch, Neele Larondelle, Dagmar Haase*

Die Studie ist Teil des von 2011 bis 2014 laufenden EU-ERANETBiodivERsA Projektes zu Ökosystemdienstleistungen und Biodiversität im urbanen Raum (Urban Ecosystem Services and Biodiversity - URBES, www.urbesproject.org). Die Humboldt-Universität zu Berlin ist einer von neun europäischen Projektpartnern und verantwortlich für die Fallstudie Berlin.

Literatur

- Angel, S., J. Parent, D. L. Civco, A. M. Blei (2010): The atlas of urban expansion. www.lincolnst.edu/subcenters/atlas-urban-expansion
- Bowler, D. E., Buyung-Ali, L., Knight, T. M., & Pullin, A. S. (2010): Urban greening to cool towns and cities: A systematic review of the empirical evidence. *Landscape and Urban Planning*, 97(3), 147–155. Elsevier B.V. doi:10.1016/j.landurbplan.2010.05.006.
- Breuste, J., Haase, D., Elmquist, T. (2013): Urban Landscapes and Ecosystem Services. Harpinder Sandhu, Steve Wratten, Ross Cullen and Robert Costanza (Editors) *Ecosystem Services in Agricultural and Urban Landscapes*. John Wiley & Sons, Ltd. Published, pp 83–104.
- Bruse, M. (2007): Particle filtering capacity of urban vegetation: A microscale numerical approach. In: Endlicher, W. u. a. (Hrsg.): Tagungsband zum Workshop über den wissenschaftlichen Erkenntnisstand über das Feinstaubfilterungspotential von Pflanzen. Berlin (Berliner Geographische Arbeiten 109), S. 61–70.
- Buccolieri, R., Salim, S. M., Leo, L. S., Di Sabatino, S., Chan, A., Lelopo, P., De Gennaro, G., und Gromke, C. (2011): Analysis of local scale tree-atmosphere interaction on pollutant concentration in idealized street canyons and application to real urban junction. *Atmospheric Environment* 45, S. 1702–1713. EEA.
- Haase, D., Nuissl, H., 2010. The urban-to-rural gradient of land use change and impervious cover: A long-term trajectory for the city of Leipzig. *Journal of Land Use Science* 5, 123–141.
- Handley, J., Pauleit, S., Slinn, P., Barber, A., Baker, M., Jones, C., Lindley, S. (2003): Accessible natural green space standards in towns and cities: a review and toolkit. English Nature research report number 526. English Nature.
- Kabisch, N., Haase, D. (2013): Green spaces of European cities revisited for 1990–2006. *Landscape and Urban Planning*, 110, 113–122.
- Klimeczek, R. (2011): Umweltgerechtigkeit im Land Berlin. Entwicklung und Umsetzung einer neuen Ressortübergreifenden Strategie. In: UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst, Nr. 2/2011, II Themenheft Umweltgerechtigkeit, S. 29–32. Herausgeber: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), Robert Koch-Institut (RKI), Umweltbundesamt (UBA).
- Larondelle, N., & Haase, D. (2013). Urban ecosystem services assessment along a rural – urban gradient : A cross-analysis of European cities. *Ecological Indicators*, 29, 179–190.
- MA – Millennium Ecosystem Assessment (2005): *Millennium Ecosystem Assessment, General Synthesis Report*, Island Press.
- Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2012): *Der Wert der Natur für Wirtschaft und Gesellschaft – Eine Einführung*. München, ifuplan; Leipzig, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ; Bonn, Bundesamt für Naturschutz.
- OECD/IEA – Organisation for Economic Co-operation and Development/International Energy Agency (2008) 'WorldEnergy Outlook 2008', OECD / IEA, Paris. URL: www.iea.org/textbase/nppdf/free/2008/weo2008.pdf
- Schwarz, N., Lautenbach, S., & Seppelt, R. (2011): Exploring indicators for quantifying surface urban heat islands of European cities with MODIS land surface temperatures. *Remote Sensing of Environment*, 115(12), 3175–3186. doi:10.1016/j.rse.2011.07.003.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2011): *Flächenentwicklung in Berlin 1991–2010–2030*. Berlin.
- Strohbach, Michael W., & Haase, D. (2012): Above-ground carbon storage by urban trees in Leipzig, Germany: Analysis of patterns in a European city. *Landscape and Urban Planning*, 104(1), 95–104. Elsevier B.V. doi:10.1016/j.landurbplan.2011.10.001.
- TEEB (2010): *Die Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität: Die ökonomische Bedeutung der Natur in Entscheidungsprozesse integrieren*. (TEEB (2010) *The Economics of Ecosystems and Biodiversity: Mainstreaming the Economics of Nature*) Ansatz, Schlussfolgerungen und Empfehlungen von TEEB – eine Synthese.
- UN - United Nations (2012). *World urbanization prospects the 2011 revision*. World Urbanization Prospects, Department of Economic and Social Affairs.

- ▮ **Einwohneranteil in % mit Zugang zu öffentlichen Grünflächen
(mindestens 2 Hektar) in einer Entfernung von 300 m
auf LOR Ebene (Planungsräume) in Berlin**



Ökosystemdienstleistungsindikatoren in Berlin
(in den Stadtgrenzen)

